

**Klassenkampf**

# ATOM- AUSSTIEG: im Parlament



- Rechtsruck in Deutschland  
★ Wiedergutmachungsfonds ★  
★ Wehrmachtsausstellung ★ Kososvo ★  
★ PKK ★ Doppelpass ★ Horst Mahler ★  
*Sowie:*  
★ IGMetall-Abschluß ★  
★ Folter im Iran ★ Arbeiterräte ★  
★ Ökonomie: Rosa Luxemburg  
und die Asienkrise ★





## Editorial

Nach dem Aufruf Walsers, jetzt doch bitte die Vergangenheit ruhen zu lassen, kam 2 Wochen später gleich als erste Reaktion Stoibers Unterschriftenliste gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

Bei der Hessenwahl konnte die Rechte vollen Erfolg verbuchen. 4,5% der Arbeiter hatte die CDU von der SPD gewonnen und einen Massenzulauf der Jungwähler, die sich von den alternden Grünen getrennt haben. In dieser Kampagne nutzt die CDU die Verzweiflung der Menschen aus, die mangels einer linken Perspektive entstanden ist. Seither ist auch der Atom„ausstieg“ von Rot/Grün gestorben. Keiner getraut sich mehr links zu reden, nicht mehr für den Doppelpaß oder für den Atomausstieg.

Die Arbeiter führen ihren Warnstreik unter der reformistischen Führung nicht konsequent zu Ende und geben sich mit einem Verratskompromiß zufrieden.

Der Linken muß klar sein, daß Stoibers Anti-Doppelpaß-Kampagne nur ein Vorgeschmack war, auf das, was noch kommen wird. Der rechte Sturm wird uns noch schärfer um die Ohren wehen.

Diese Zeiten werden wir nur mit einer Klarheit in der Theorie überleben können. Zu glauben, man könnte mit 100 Linken den Rechtsruck in der BRD aufhalten, wäre ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung. Somit führt man die Angesprochenen nur in die Irre und lenkt sie von ihren eigentlichen Aufgaben ab: sich zu bewaffnen mit dem Werkzeug der marxistischen Analyse.

Die Zeiten werden sich wieder ändern, und dann muß eine gestählte Linke bereitstehen, die bewiesen hat, daß sie unabhängig von der allgemeinen Haltung in der Lage ist, zu Marx, Lenin und Trotzki zu stehen.

Wir von den IS halten die Fahne des Marxismus mit unserer Faust hoch, um sie in besseren Zeiten umso höher halten zu können. Aber erst fünf Finger sind eine Faust; uns fehlt der fünfte Finger. Bist Du das? Ja Du? Hallo, aufwachen, mitmachen, solidarisieren.

# INHALT

2 Editorial ★ Inhalt ★ Kontaktadressen

3 Notizen des Monats

Lehrerstreik in Frankreich

Horst Mahler

IGM-Abschluß

Alice Schwarzer ehrt Riefenstahl

Protestresolution: Keine Abschiebungen in den Iran!

Soldatengottesdienst in Köln

6 NATO, SPD und Grüne wollen Krieg auf dem Balkan

7 PKK am Ende?

*Fortsetzung von Rückseite*

## Titelthema

8 Trittin am Ende

*Atomausstieg im Parlament nicht möglich*

## Thema: Rechtsruck in Deutschland

11 Wiedergutmachung oder Augenwischerei?

13 Kurt: Die Glosse zum Thema Entschädigung

14 Ausstellung: Verbrechen der Wehrmacht

17 Doppelte Staatsbürgerschaft

*CDU setzt auf die rassistische Karte*

## Buchbesprechung

19 Erwachen aus dem Alptraum

*Monireh Baradaran über Folter im Iran*

## Ökonomie

21 Rosa Luxemburg und die Asien-Krise

## Geschichte

24 Arbeiterräre

*Geschichte, Entwicklung und Perspektiven*

27 Ortsgruppen ★ Termine ★ Veranstaltungen ★ Grundsätze

28 Rückseite: PKK am Ende?



Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes  
und Kontakt:  
Norbert Nelte Xantener Str. 3b, 50733 K ln  
Tel.: 0221/760 41 00  
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- e  
Abo-Preis: DM 20,- / 10,- e  
(6 Ausgaben im Jahr)  
Kontonummer:  
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30  
Kto. Nr. 140993 - 301

### Kontakt über Ortsgruppen:

Aachen: Beate · 02 41 / 99 76 776  
Bonn: Gaby · 02 28 / 47 54 16  
Düsseldorf: Aky · 02 11 / 29 26 465  
Essen: Karsten · 02 01 / 64 61 555  
Hamm: Lynn · 0 23 85 / 20 01  
Köln: Francis · 02 21 / 51 01 796  
Wuppertal: Britta und Bernd · 0202 / 26 22 524  
Lübeck über Köln

email: [klassenkampf@netcologne.de](mailto:klassenkampf@netcologne.de)  
Homepage: [www.netcologne.de/~nc-byrne/fr/](http://www.netcologne.de/~nc-byrne/fr/)

# Frankreich:

## Linke Lehrer jagen moslemische Schülerinnen von Schule

Im Januar traten die Lehrer einer Schule in Flers, Normandie in Streik, um durchzusetzen, daß die Schülerinnen nicht mehr mit Kopftuch bekleidet zum Unterricht erscheinen.

Den Lehrern ging es bei der Aktion darum, die Trennung von staatlicher Schule und Kirche durchzusetzen. Bei den betroffenen Schülerinnen konnte die vermeintlich befreiend wirkende Aktion aber nur eins zur Folge haben: die Schülerinnen fühlen sich gedemütigt, ausgegrenzt und terrorisiert.

Einen Solidaritätsbesuch stattete den Lehrern dann auch der Chefideologe der Nazi-Partei Front National, Bruno Mégret ab. Er und andere französische

Rassisten freuen sich über die kostenlose Propaganda und Unterstützung, die sie für ihre ausländerfeindliche Hetze schon seit Jahren von der französischen Linken bekommen.

Er hatte eine Pressekonferenz zur Unterstützung der Streikenden angekündigt und wollte auf dieser Plattform über die "ungezügelt Immigration" sprechen. Die Lehrer brachen ihren Streik aufgrund dieser unwillkommenen Solidaritätsbekundung schnell ab und empfangen Mégret mit Dreck und Eierwürfen. So klar waren sie dann doch noch gewesen, nicht direkt mit Nazis gemeinsame Sache zu machen.

Schlüsse aus ihrer gefährlichen Nähe zu den Nazis zogen die Lehrer allerdings nicht. Man einigte sich mit der Schulleitung darauf, Kopftücher nur zum Sport- und naturwissenschaftlichen Unterricht abzunehmen. Durch diesen faulen 'Kompromiß' fühlten sich die Schülerinnen natürlich weiterhin in ihrer Würde verletzt. Sie trugen ihre Kopftücher weiterhin in allen Unterrichtsstunden. Daraufhin wurden sie Anfang Februar der Schule verwiesen.

Die Schülervvertretung der Schule hat vehement gegen diesen Verweis protestiert und weitere Aktionen angekündigt.

Marxisten betrachten Religion als Privatsache. Aus diesem Grund treten wir für die Trennung zwischen Staat und Kirche auch an den Schulen ein und wenden uns gegen staatlich geförderten Religionsunterricht. Aber eben weil wir Religion zur Privatsache erklären, ist es nur selbstverständlich, daß Schülerinnen moslemischen Glaubens selbst entscheiden dürfen, ob sie im Kopftuch zur Schule erscheinen oder nicht. Zumal das sicher dutzendfach offen getragene Kreuz am Halskettchen von christlichen Schülern nicht kritisiert wird.

Schon heute hauptsächlich gegen den religiösen Humbug zu kämpfen ist eine unsinnige Donquichotterie und spült nur Wasser auf die Mühlen der Rechten. Im emanzipierten Kampf im Betrieb, an den Unis oder in der Schule werden die Kolleginnen und Kollegen massenhaft auch ihre religiösen Ideen von sich werfen. Auf diesen Kampf sollten wir uns auch konzentrieren.

## Die Linke auf dem Weg nach Rechts I

Bei dem Tempo, in dem alte Linke zu Rechten und sogar zu extremen Rechten werden, steht zu befürchten, daß der Klassenkampf eine neue regelmäßige Rubrik einführen muß: Die Linke auf dem Weg nach Rechts.

Nach Ex-DKP Mitglied Walser, so manchen SED- und KPD-Funktionären, die bei den Nazis gelandet sind, haben sich nun auch die Alt-68er Horst Mahler (Mitbegründer der RAF) und Bernd Rabehl (SDS-Führungsmitglied) längst von der Linken verabschiedet und sind ohne Umschweife bei der extremen Rechten gelandet.

Beide hielten im Dezember Referate bei einem Treffen der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Burschenschaft Danubia zum Thema 68er-Studentenbewegung. Der Inhalt wird so manche alten Recken der Studentenbewegung erschauern lassen. Denn was sie bisher nicht wußten, war, daß - laut Mahler und Rabehl - »68 im wesentlichen ein Kampf um die nationale Befreiung Westdeutschlands vom US-jüdischen Kulturimperialismus« gewesen sei.

Rabehl zur gegenwärtigen Situation in Deutschland: »Der Zuzug hochorganisierter und gleichzeitig religiös oder fundamentalistisch ausgerichteter Volksgruppen bedroht den ethnischen und moralischen Zusammenhalt der zentraleuropäischen Völker.« Rabehl singt das widerliche rassistische Lied mit, das sich zunehmend gesellschaftlich durchsetzt.

Bei der APO der 60er Jahre habe die nationale Frage, eine deutsch-nationale Kulturrevolution gegen den US-

Imperialismus im Zentrum gestanden. Vor allem die von Rabehl und Rudi Dutschke angeführten Strömungen waren in der Hauptsache nationalrevolutionär.

Ehemalige SDS-Genossen haben sich nun in einer Broschüre zur Wehr gesetzt. »Nationalisten waren wir nie! Wir lehnen die Verfälschung unserer politischen Geschichte mit nationalistischen Erklärungsmustern mit aller Entschiedenheit ab.«



Neu-Nazi Horst Mahler organisiert jetzt Demos gegen Überfremdung

# IGM

## Toll-toll!

Die Führung der IGM hat einen tollen Abschluß für das Kapital erkämpft. Obwohl 6,5% gefordert wurden, brauchen die Kapitalisten nur 3,6% nach ihrer Rechnung zu bezahlen.

Natürlich übernimmt die IGM-Führung noch aus Dankbarkeit, daß das Kapital mit diesem Abschluß einverstanden war, gratis deren Propaganda und erzählt den Kollegen, daß die 3,6% doch 4,2 wären und die Metaller damit in der heutigen Wirtschaftslage außerordentlich zufrieden sein können.

Zwar steigen die Gewinne der Bosse momentan ins Unendliche. Aber unsere vorsorglichen Bosse denken schon an die nächste Krise. Der VW-Chef Piech stellt z.B. fest, daß »in der nächsten Krise die Preise sinken werden.« Damit sinken auch die Profite und dafür gilt es schon heute, die Arbeiter bluten zu lassen. Egal, ob es mit der Wirtschaft aufwärts oder abwärts geht, es gibt immer einen Grund in ihrer Logik, daß die Arbeiterklasse zahlen muß, nie sie selber, sie tragen ja das Risiko, die Ärmsten.

Wir fragen, wie die Gewerkschaftsführung auf 4,2 kommt? Genau heißt der Abschluß 3,2 plus 350,- für 2 Monate plus 1% vom Jahresgehalt für 12 Monate. Aus 3,2 + 1% errechnet sich die IGM 4,2. Nur, in dem einen Prozent sind nicht enthalten das Urlaubsgeld, das Weihnachtsgeld, die Überstunden und alle Lohnanteile, die sich auf den Tariflohn errechnen wie Akkordlohn oder Abfindungen.

Außerdem sind die 350,- DM für 2 Monate nicht gleich 4,2% bei einem Durchschnittsverdienst von ca. 5.000,- DM, sondern nur 3,5%. Die vom Unternehmerverband errechneten 3,6% treffen da schon eher zu als die dicken Backen eines Zwickels.

Bei der nächsten Tarifrunde 2000 wird dann wieder nur von der 3,2 ausgegangen. Auch dies Jahr wird netto unterm Strich für die Metaller nichts mehr übrig bleiben, das wenige frißt dann noch die Energiesteuer. Auch im

# Vertrauensleute



**aber nicht solche... ...sondern diese!**

nächsten Jahr kann man sich mit dieser Ausgangslage keine Nettolohn-erhöhung erhoffen, sondern eher das Gegenteil. Mit der SPD-Regierung wird der bei Kohl eingeleitete Abstieg munter weitergehen.

Die Kollegen dürfen sich nicht für dumm verkaufen lassen. Die meisten ahnten schon den Verrat der Oberindianer und kamen immer weniger zu den Warnstreiks.

Aber ein Boykott der Streikfront ist der falsche Weg. So können wir unsere Interessen nicht durchsetzen. Wir müssen die alten Gewerkschaftsführer mit den dicken Ärschen abwählen und bei den Delegiertensitzungen, Betriebsräte- oder Vertrauensleutewahlen für die Kollegen stimmen, die keine faulen Kompromisse mit dem Kapital eingehen.

Die Kollegen in den Betrieben waren ohne weiteres bereit, für ihre Rechte zu kämpfen. Sie riskieren aber nicht für solche müden Verratsgeschichten der Reformisten ihren Job.

Genauso ist es auch leider bei der ÖTV geendet. Sie hatte 5,5% gefordert und 3,1% für 15 statt 12 Monate plus eine Einmalzahlung von 350,- DM abgeschlossen, was real nur ca. 2,4% bedeutet.

Bei den anderen Gewerkschaften wird es genauso düster aussehen.

Wollen die Kollegen mehr, wollen sie etwas vom allgemeinen Produktivitätszuwachs abbekommen, müssen sie ohne diese Gewerkschaftsbonzen ihren Tarifkampf durchfechten und konsequent den Streikkampf bis zu Ende führen.

## Die Linke auf dem Weg nach Rechts II

Petra Kelly, Romy Schneider und Lady Di wurden schon von der Zeitschrift 'Emma' als »unangepaßt leidende Frauen« geehrt. Herausgeberin Alice Schwarzer, ehemals links-bürgerliche Feministin, fügt dieser illustren Runde nun Leni Riefenstahl, Filmemacherin des Nationalsozialismus, hinzu.

In der Januar-Ausgabe von 'Emma' kann man lesen, daß Riefenstahl nach dem Krieg Opfer einer »Hexenjagd« war und unter »Verfolgung« litt.

Als Propagandafilmerin des Nationalsozialismus drehte sie im Auftrag Hitlers u.a. Filme über den Reichsparteitag in Nürnberg und die Olympiade in Berlin. Teile des Olympia-Films dienen der "Blut und Rache"-Band Rammstein als Untermauerung eines Videos. Die SPD-regierte Stadt Potsdam ehrt Riefenstahl mit einer Ausstellung.

Hier gilt es, eine Gestalt des Nationalsozialismus wieder hoffähig zu machen. Die rechte Bourgeoisie wollte Riefenstahl schon immer als unpolitische Künstlerin ehren. Daß nun eine Feministin wie Alice Schwarzer die Fotografin auch für ihre Ziele vereinnahmen will, erklärt sich aus dem Fehlen einer aktiv kämpfenden Arbeiterklasse, die Kleinbürgern eine linke Orientierung hätte geben können. Die wandern nämlich alle nach rechts ab.

★

In Bonn wird ein Hungerstreik gegen die Abschiebung von iranischen Asylflüchtlingen durchgeführt. Die IS solidarisiert sich mit dem Protest:

## Protestresolution

Wir protesieren gegen die Abschiebung der iranischen Flüchtlinge. Im Iran gibt es nach wie vor noch Folter und staatlichen Mord. Nach amnesty international werden dort 90% aller politischen Bluttaten in der Welt verübt. Auch den Abgeschobenen droht wieder das gleiche Schicksal. Nach der Europa-Charta dürfen aus Deutschland keine Flüchtlinge abgeschoben werden, wenn ihnen in ihren Heimatländern Mord und Folter droht. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schiebt trotzdem die Flüchtlinge in den Tod ab. Die Bescheider vom Ausländeramt und die Richter geben meist vor, den politisch Verfolgten nicht zu glauben und erkennen nur ca. 2% der Asylbewerber aus dem Iran an. 98% müssen wieder zurück zu ihren Folterknechten.

Auch wenn die BRD-Regierung denkt, unter Chatami würden sich die Verhältnisse liberalisieren, weil er mehr Handel mit dem Westen treiben will. Vielleicht verfolge er deshalb die politische Opposition nicht mehr so scharf, und man könne mit ihm einen ähnlichen Vertrag machen wie mit der Türkei, in dem auf dem Papier verlangt wird, die abgeschobenen kurdischen Flüchtlinge nicht zu foltern und zu verfolgen. Trotzdem werden die kurdischen Flüchtlinge gefoltert. Ebenso kamen schon aus Deutschland abgeschobene Flüchtlinge im Iran z.B. wieder in das berüchtigte Evin-Gefängnis und wurden dort gefoltert.

Selbst, wenn Chatami Mord und Folter verhindern wollte, könnte er dies nicht. Die Justiz und die Gefängnisse sind weiter in den Händen der Hardliner und werden dies auch bleiben. Und diese Schergen morden und foltern auch in den Gefängnissen, sie interessieren sich ganz bestimmt nicht für internationale "Verträge".

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Asyablehnungs- und Abschiebep Praxis der BRD und fordern die Regierung auf, endlich die europäische Konvention zu beachten und keine Flüchtlinge mehr zur Folter oder in den Tod zu schicken. Wir solidarisieren uns mit den in Abschiebungshaft sitzenden Flüchtlingen und den hungerstreikenden iranischen Freunden.

26.02.99

Schickt Solidaritätserklärungen und Geld an das iranische Kölner Flüchtlingskomitee

I.F.I.R  
Postfach 102431  
50464 Köln

## *Erst beten, dann töten!*



Dompfaffen mit Militärs 1933

Die Militärs wollen, daß Gott ihnen hilft. Dann können sie mehr töten. Das haben wir doch schon 1933 gehört. Niemand ist mehr tiefgläubig. Wozu brauchen Sie da noch die Religion? Der Kapitalismus hat für seine Interessen, die Völker zu unterdrücken, die Religion umgewandelt. Die Kirche dient nur noch dem großen Geld und seinen Kriegen.

Nur 150 Linke fanden sich zum Protest gegen den Soldatengottesdienst am 21. Januar mit Kardinal Meisner und 1.500 "frommen" Soldaten am Kölner Dom ein. Mit der Kirche werden die Arbeitermassen nur wieder im Völkergemetzel enden. Sie werden die Pfaffen erst abschütteln, wenn sie eine freie Gesellschaft ohne Tod und Elend gründen.

Dompfaffen mit Militärs 1999



# Die NATO, die SPD und die Grünen wollen Krieg

★ Flipper

Die NATO gibt vor, sich für die Rechte der Kosovaken einzusetzen. Scheinbar will sie sie vor den Massakern von Milosevic schützen. Sie droht mit militärischen Einsätzen. Sie wird aber mit der Armee den Balkan nicht befrieden können.

Außerdem geht es der NATO nicht um die Abwehr eines Völkermordes, sondern nur um ökonomische Interessen. Ihre Unglaubwürdigkeit zeigt sich schon daran, daß sie nicht in Kurdistan oder Ost-Timor interveniert?

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verwandelte sich die Konkurrenz der Blöcke (zwischen dem privatkapitalistischen Westen und dem staatskapitalistischen Osten) in die normale Konkurrenz zwischen kapitalistischen Staaten.

Damals verlangten die USA von Rußland eine massive Begrenzung der Rüstungsexporte. Sie sanken dann auch von 10 Milliarden US \$ 1990 auf unter 2 Mrd. 1994 ab. Jugoslawien ist einer der letzten treuen Waffenkunden von Rußland.

Auch mit anderen Produkten ist Moskau der größte Handelspartner von Belgrad. Das muß jetzt anders werden. Der größte Handelspartner von Kroatien ist mit 90% des gesamten Außenhandels Deutschland. In Bosnien ist dies nicht viel anders. Deshalb preschte damals der Ex-Außenminister Genscher mit der Anerkennung dieser Staaten voran. Deshalb steht die Bundeswehr mit mehreren tausend Soldaten auf dem Balkan und will mit 5.000 Mann in den Kosovo einmarschieren.

Dafür drohen sie mit Militärschlägen. Um die Belgrader Regierung kann einem das wirklich nicht leid tun, sie sind letztlich selber große Völkermörder in Kroatien, Bosnien und jetzt dem Kosovo. Unter den Terror-Anschlägen der NATO muß aber die unschuldige - sicher zum großen Teil aufgehetzte - serbische Bevölkerung leiden.

Deshalb ist die NATO selber ein Völkermörder. Erstens ist ihre Begründung für den Militärschlag nicht ehrlich und zweitens können die Mittel der Imperialisten auch überhaupt nicht helfen.

Inzwischen fallen die Kosovaken und Serben im Kosovo übereinander her. Wie auch in Bosnien oder Kroatien können in der Ära des Kapitalismus diese Völker

nur zur Ruhe kommen, indem man sie auseinander bringt. Das hieße, ein eigenstaatliches Kosovo schaffen.

Aber genau das will der Imperialismus



Auch das rot-grüne Deutschland will den "Frieden" von Bosnien in den Kosovo ausweiten

nicht. Er befürchtet, daß ein eigenständiges Kosovo sich sehr schnell mit Albanien zusammenschließen würde. Dies wiederum hätte zur Folge, daß sich in Mazedonien eine albanische Bewegung entwickeln würde, die ein Anschluß an ein Großalbanien anstrebe. Nun würde auch eine Unruhe in der albanischen Bevölkerung entstehen.

Im Ergebnis stehe wahrscheinlich die Auflösung Mazedoniens und die Destabilisierung des ganzen Balkans. Dann würde auch der Vorteil entfallen, Rußland den ökonomischen Einfluß über den Kosovo zu entziehen.

Deshalb sind die Imperialisten auf alle Fälle gegen eine Eigenstaatlichkeit des Kosovos und sichern dies auch Belgrad zu. Nur wird in einem wie auch immer gearteten Kosovo - als autonomer oder nicht autonomer Landesteil - die kosovakische Bevölkerung nie in Ruhe leben können. Sie wird immer von der serbischen Regierung schikaniert und entrechtet werden.

Deshalb sind auch die Albaner in der Mehrheit, vertreten durch ihre Untergrundarmee UCK, gegen den NATO-Vorschlag. Und in der Tat, Milosevic bereitet bereits neue Massaker vor und versucht, das Militär derart vorzubereiten, daß er seine Kontrolle und Schikanemöglichkeiten behält. Dafür zögert er eventuelle "Einigungen" zur Verhinderung der NATO-Militärschläge hinaus, um noch möglichst viel eigene Unterdrückungs-Infrastruktur im Kosovo zu schaffen.

Nicht nur, daß der Imperialismus eine völlige Unabhängigkeit vom Kosovo verhindern will, er schafft auch die Bedingung, die zu dem subimperialistischen Verhalten der schwachen Länder, also auch Jugoslawiens führt. Er setzt Belgrad mit der Zollschrankenpolitik und imperialistischen Wettbewerb ökonomisch so unter Druck, daß es seine Rettung nur in der Ausdehnung seines Einflußgebietes sieht.

Die Metropolen treten selber die Rechte der Völker mit Füßen und brechen in jeder Weltecke Kriege vom Zaun. Sie haben schon zwei Weltkriege geführt und danach Korea, Vietnam und Grenada verwüstet.

Gerade sie wollen jetzt Frieden auf dem Balkan bringen? Der Imperialismus hat zugeschaut, wie die Juden von den Deutschen in Massen ermordet wurden. Unter den Augen der Holländer wurden in Srebrenica die Bosnier massenweise umgebracht. Jetzt wollen sie plötzlich die Kosovaken schützen? Die NATO oder auch die UNO sind doch vollkommen unglaubwürdig.

Die einzige Rettung der Kosovaken kann nur die gemeinsame Aktion der serbischen, bosnischen, mazedonischen und kosovakischen Arbeiter bringen. Dies ist sicher ein langer Weg, aber der Weg des Imperialismus ist unmöglich, er führt nur zu noch mehr Blut und Elend.

**Milosevic raus aus dem Kosovo!  
NATO raus aus dem Balkan!**

# PKK am Ende?

★ Ruth Krüger

Fortsetzung von Rückseite

Außenpolitik der BRD ein einziges Verbrechen, mit der Innenpolitik steht es jedoch nicht anders.

Anstatt die türkische Regierung für ihre tausendfachen brutalen und feigen Morde an Kurden aus reiner imperialistischer Raffgier zu ächten, verbot die Bundesregierung Ende November 1993 die PKK. Merkwürdigerweise war das ein kompletter Alleingang. Die Niederlande und andere demokratische Staaten Europas scheinen sich dem Urteil der BRD nicht anschließen zu wollen, das die PKK als kriminelle Vereinigung einstuft.

Ziel des Verbots war es, die kurdischen Einwanderer in die BRD in die Isolation zu treiben und damit politisch zu entmündigen. Zusammen mit dem Verbot wurden die Räumlichkeiten der PKK und 35 anderer kurdischer Organisationen durchsucht, wobei viele der gewonnenen Erkenntnisse wohl auch den türkischen Regierungsbehörden zugänglich gemacht worden sind - was wieder einmal eindeutig den Tatbestand der Beihilfe zum Völkermord erfüllt.

Bei den Durchsuchungen beschlagnahmte man auch gleich das Eigentum der PKK. Die Regierung führte sich also auf wie ein ganz gewöhnlicher Dieb.

Aber der Terror der BRD-Behörden ging weiter. Neujahrsfeste der Kurden wurden verboten. Nachdem Busse mit Anreisenden, die von dem Verbot noch keine Kenntnis hatten, von der Polizei auf der Autobahn gestoppt und schikanös durchsucht wurden, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Lange Zeit diente dieser "kurdische Autobahnterror" als Vorwand für Abschiebungen von "Straftätern", egal, ob rechtskräftig verurteilt oder nicht.

Auf Demonstrationen beschlagnahmten Polizisten auch die Flugblätter deutscher Linken, allerdings nicht mit der Begründung, sie unterstützten die PKK, sondern mit dem Vorwand, sie enthielten keine Distanzierung von ihr.

Im Juli 1994 führte die in Gang gesetzte Massenhysterie dann in Hannover zur Erschießung eines Kurden durch die deutsche Polizei. Sein Verbrechen: das



Türkische Militärs zählen Leichen von PKK-Kämpfern

Plakatieren eines PKK-Symbols; sein Alter: 14 Jahre!

Willkürliche Verbote, Propagandamache, Diebstahl - einem von der harten Linie der CDU, wie es der damalige Innenminister Manfred Kanther war, traut man ja auch nichts anderes zu. An den heutigen SPD-Innenminister Otto Schily hat man vielleicht andere Erwartungen gestellt, wo er doch Anfang der 80er Jahre noch als Anwalt die RAF-Kämpfer verteidigt hat. Aber er hob das PKK-Verbot nicht auf. Nein, er versicherte sogar, straffällig gewordene Kurden würden schnellstmöglich abgeschoben werden. Daß ihre Abschiebung gleichzeitig Folter und Tod bedeutet, scheint sein sonniges Gemüt nicht weiter zu trüben.

Aber eines ist und bleibt damit klar: Es war nicht die PKK, die Deutschland den Krieg erklärt hat; es war die BRD, die alle Kurden aus dem Weg räumt, sobald sie zum Hindernis für die Türkei-Geschäfte des deutschen Kapitals werden. Sie hat den Krieg gegen die Kurden begonnen.

Selbstverständlich hat die PKK keine blütenweiße Weste; schließlich muß sie sich gegen lauter übermächtige Feinde wehren. Da sie für ihren Kampf deshalb viel Geld braucht, verlangt sie von ihren Mitgliedern unglaublich hohe Beiträge,

die sie auch mit Gewalt eintreibt.

Obwohl sich die PKK "Arbeiterpartei" nennt, hat sie weder mit Sozialismus noch mit Arbeitern irgendetwas zu tun. Sie ist eine Organisation, die die türkische Fremdherrschaft in Kurdistan beenden will - aber nicht, um dann die klassenlose Gesellschaft aufzubauen, sondern, damit die kurdischen Kapitalisten ihre Arbeiter selber ausbeuten können. Anders sind Passagen aus ihrem Programm nicht zu erklären, wo sie davon schreibt, daß alle Großgrundbesitzer enteignet werden außer den »patriotischen«, wie sie sich ausdrückt.

Trotzdem unterstützen wir ihren Kampf bedingungslos, da auch die kurdischen Arbeiter den türkischen Staat als ihren Hauptfeind wahrnehmen und sich deshalb mit Leib und Seele der nationalen Befreiungsbewegung verschrieben haben.

Allerdings ist diese Befreiung mit einer bürgerlichen Strategie, wie sie die PKK verfolgt, nicht mehr möglich; denn der Kampf wird nicht in den Bergen Kurdistans entschieden, sondern in Washington. Es ist die US-Regierung, die das türkisch kontrollierte Kurdistan als militärischen Stützpunkt für ihre Einsätze im Nahen Osten haben will.

Erst ein proletarischer Kampf, der sich weltweit entfaltet, wird überhaupt eine neue Perspektive für die Kurden eröffnen. Denn die amerikanische Regierung kann ernsthaft nur von der internationalen Arbeiterklasse bedroht werden.

Trotzdem haben weder die türkische noch die deutsche Regierung das Recht, einem Opfer ihrer Unterdrückungspolitik vorzuschreiben, ob und wie es sich wehren darf und wie nicht. Sie dürfen der PKK nicht den Prozeß machen!

**Deshalb fordern wir:**

**Keine Abschiebungen in die Türkei!**

**Freiheit für Öcullan!**

**Weg mit dem PKK-Verbot!**

# Trittin am Ende

## Atomausstieg durch das

In den letzten Wochen erleben wir, wie die Grünen ihre anfängliche Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg völlig aufgegeben und den Atomausstieg auf den Sankt-Nimmerleinstag verlegen. Was sind die Gründe dafür?

Kurz nach dem Wahlsieg des rot-grünen Bündnisses im September 98 gingen sie in die Koalitionsgespräche. Die Grünen forderten dort ein Atomausstiegsgesetz, welches das Ende der Kernkraft definitiv besiegelt. Das letzte Atomkraftwerk soll demnach möglichst schon in fünf Jahren abgeschaltet werden.

Schon bei den Koalitionsvereinbarungen zwischen Rot und Grün kam dann die erste Abbremsung heraus.

»Nie wieder, dar ber sind sich beide Seiten lngst einig, soll in Deutschland ein neues Kernkraftwerk genehmigt werden. Auch der z gige Ausstieg aus der Wiederaufbereitung verbrauchter Brennst be in Frankreich und England ist so gut wie beschlossene Sache.«

(Spiegel, Nr. 51, 12.10.98, S.27).

Es wurde aber vereinbart, daß erst ein Jahr lang versucht werden soll, die Industrie zum freiwilligen Verzicht zu überzeugen. Danach erst wollte man sie per Gesetz zwingen.

Unser Jürgen Trittin, der vor 20 Jahren noch mit der Mao-Bibel im Herzen Brokdorf schleifen wollte, sah sich jetzt am Ende des Tunnels angelangt. Er wollte gleich Nägel mit Köpfen machen und Kernkraftwerke stilllegen.

Der Bundeskanzler Schröder forderte die Grünen zu neuen Koalitionsgesprächen auf und erinnerte sie daran, daß erst ein Jahr im Konsens mit der Atomwirtschaft ein Ausstieg versucht werden müsse. In der Presse rief der



Kanzler die Grünen zur Rason, schließlich sei er der höchste Vertreter des deutschen Volkes. Prompt ging Schröder ohne die Grünen zu ersten Gesprächen mit den Atomkraftwerksbetreibern.

Nun suchte Trittin sich ein anderes Feld, reiste flugs nach Frankreich und meldete dort den Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung an.

Die französischen und englischen Betreiber von den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield meldeten gleich privatrechtliche Schadensersatzforderungen von ca. 100 Mrd. DM.

Die Grünen versuchten, den Vertrag aus dem die Schadensersatzansprüche entstehen würden, mit der Begründung der Einwirkung "höherer Gewalt" zu lösen. D.h., daß die neue Regierung nicht verpflichtet ist, die privatrechtlichen Verträge, die von der alten Regierung geschlossen worden sind, fortzuführen.

Die Rechtslage ist in diesem Fall nicht eindeutig. Das spielt auch gar keine Rolle. Die Bundesregierung hat 1 Billion DM in den Aufbau Ost gesteckt, also wäre sie auch in der Lage, die 100 Mrd. DM Schadensersatzforderungen zu zahlen. Das dies Peanuts sind, zeigt die Fusion der Betriebe Daimler und Crysler, wo Daimler diese Summe zur Übernahme von Crysler aufgebracht hat. Wir sehen, daß allein ein großer Privatkapitalist in der Lage ist den Schadensersatz zu bezahlen.

Die bürgerliche Presse verbreitet wie so oft Lügen, um die Interessen des Kapitals durchzusetzen. So behauptet sie, daß bei einem sofortigen Abschalten der Atomkraftwerke die Lichter in Deutschland sofort ausgehen würden.

In Wahrheit hat Deutschland aber 33% Strom-Überproduktion, die ins Ausland exportiert wird. Der Anteil des Atomstroms an der Bruttostromerzeugung liegt bei 19%. Bei einem sofortigen Abschalten der Atomkraftwerke würde lediglich der Export auf 14 sinken, und der Strombedarf wäre weiterhin gesichert.

Die französische Regierung förderte nun zur Untermauerung ihrer Position einen Geheimvertrag zutage, der die Wahrheit des ganzen Deals aufzeigte.

Es gab nämlich noch zusätzlich zum privatrechtlichen Vertrag zwischen den Betreibern der AKW's und von La Hague noch einen Geheimvertrag zwischen den beiden Staaten.

Der Vertrag kann zwar nirgends eingeklagt werden, hat aber politisch enorme Bedeutung. Die Grünen haben diese Bedeutung überhaupt nicht verstanden und haben deshalb dem Völkerrechtesvertrag keine Beachtung zukommen lassen.

Mit dem völkerrechtlicher Vertrag verfolgen die beiden Staaten Frankreich und Deutschland gemeinsame politische Ziele. Welches sind diese Ziele?



# Parlament nicht möglich!

★ Holger Laatsch

Frankreich fordert von Deutschland auch in Zukunft die weitere Belieferung mit abgebrannten Brennelementen. Offiziell begründete Frankreich, daß Deutschland sich privatrechtlich verpflichtet habe, für eine längere Zeit Brennelemente in La Hague wiederaufzubereiten. Durch den Stopp der Lieferung müßte Deutschland 7 Mrd. Schadensersatz leisten.

Wichtig ist die Tatsache, daß AKWs nicht nur Strom produzieren, sondern auch abgebrannte Brennelemente aus denen, mit einem sehr hohen Kostenaufwand, in La Hague und Sellafield waffenfähiges Plutonium hergestellt wird. Derzeit lagern in La Hague 30 Tonnen (vgl. 'Wirtschaftswoche' Nr.4/21.1.99, S.20) waffenfähiges Plutonium, aus dem Deutschland mit Frankreich die europäische Atombombe baut. La Hague wurde zur Hälfte von Deutschland finanziert, und Frankreich verlangt auch weiterhin, daß Deutschland die Hälfte des Plutoniums zum europäischen Atombombenprogramm beisteuert, ergo auch Brennelemente liefern muß. Ein Abschalten der Atomkraftwerke käme für Frankreich einem Ausstieg aus dem europäischen Atomprogramm gleich.

Daß sich der Staat in privatrechtliche Verträge einmischt, ist ein Indiz für staatlich übergeordnete Interessen Deutschlands und Frankreichs. Wieso? Der deutsche Staat mischt sich sonst nicht in die Geschäfte der Kapitalisten ein. Bei den Schadensersatzansprüchen von General Motors / Opel gegenüber VW wurde vor 2 Jahren ohne die Hilfe des Staates eine außergerichtliche Vereinbarung getroffen. Das ist die Regel. Der Staat mischt sich nur ein, wenn er ein eigenes Ziel verfolgt.

Mit der Veröffentlichung des Geheimvertrages zwischen der deutschen und französischen Regierung haben sie nun das eigentliche Motiv ver-



raten. Es geht eben nicht nur um Strom, sondern um mehr. Bei all den Atomkraftwerken hat der Staat nur das Interesse, an waffenfähiges Plutonium heranzukommen. Es geht um die europäische Atombombe.

Mit dem Verschmelzen der einzelnen westeuropäischen Staaten zu einem europäischen Staat benötigt diese Supermacht auch eine gemeinsame Atombombe, nicht mehr nur die französische, sondern die europäische.

Die europäische Bourgeoisie benötigt diese, um unter der Androhung, sie einzusetzen, ihre Kapitalinteressen besser durchsetzen zu können. Unter dem Gesichtspunkt wird auch verständlich, warum die Politiker aus den europäischen Staaten über den Vorschlag des Verzichtes auf die Atomerstschlags-Option von Deutschlands Außenminister Fischer empört waren.

Wegen der drohenden Aufkündigung des Wiederaufbereitungsvertrages drohte

nun die französische Regierung mit Sanktionen, wie der des sofortigen Rücktransportes des in La Hague lagern- den Atom Mülls und mit dem Scheitern der europäischen Ökosteuer, die notwendig ist, um Ökosteuern in Deutschland einführen zu können.

Der grüne Außenminister Fischer hatte allerhand zu tun, um im Ausland den Schaden an den deutsch-französischen Kapitalbeziehungen zu begrenzen. Fischer mußte nun selbst zu seinem Parteikollegen, dem grünen Umweltminister Trittin, gehen und die Forderungen der Grünen nach einem sofortigen Atomausstieg herunterkochen.

Nachdem die Grünen durch Frankreich, Schröder und der öffentlichen Presse stark unter Druck gesetzt worden sind, mußten sie einsehen, daß sie keine Macht haben, die Atomkraftwerke abzuschalten. In der öffentlichen Presse wurde Trittin vorgeworfen, daß sein Ausstiegsgesetz sehr schlampig vorbereitet worden sei, daß bei einem Abschalten der Atomkraftwerke die Lampen in Deutschland ausgehen und enorme nicht bezahlbare Kosten auf den Staat zukommen würden.

Beides ist gelogen, wie vorher aufgezeigt, um den Atombombenvertrag nicht zu gefährden.

Nachdem die Grünen nun einsichtig waren und inhaltlich einem Fortbestehen der Atomkraftwerke nichts mehr entgegengesetzten, durfte Trittin die Atombehörde mit Grünen-Abgeordneten neu besetzen.

Gemeinsam gingen SPD, Grüne und Industrie nun zu den Konsensgesprächen und, nicht anders wie zu erwarten, war das Ergebnis gleich 0 (in Worten = Null): keine Restlaufzeiten für AKWs, kein Stopp der Wiederaufbereitung und eine Garantie zur Zwischenlagerung der Castorbehälter in Ahaus und Gorleben. Die nächsten Castor Transporte werden kommen, und Trittin wird sie durchprü-

geln lassen.

Nach den Verhandlungen erscheint er vor den Kameras und verkündet, zumindest sei es gelungen, im Konsens mit den Atomkraftwerksbetreibern einen Atomausstieg zu vereinbaren, allerdings ohne ein Datum festzusetzen. Das bedeutet, der Ausstieg wird auf unbestimmte Zeit verschoben und nie stattfinden. Trittin wurde stellvertretend für die Grünen für seine "weise Verhandlungspolitik", in der die Grünen all ihre Grundsätze, den Ausstieg aus der Atompolitik aufgeben, vom Chef der Energieindustrie gelobt. Wenn ich von meinen Gegnern gelobt werde, muß an den Verhandlungen etwas faul sein, wie das Verhandlungsergebnis bestatigt.

Damit den Grünen das Wahlklientel nach dieser Niederlage nicht davonläuft, stellen sich die Grünen nach außen weiterhin optimistisch dar. Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Radcke, forderte deshalb tags darauf für die nächsten Konsensgespräche die Abschaltung der ersten Atomkraftwerke innerhalb von 3-4 Jahren. Daß die Grünen selber nicht mehr daran glauben, zeigt die Aussage eines Grünen-Abgeordneten: »Wir haben 20 Jahre für den Atomausstieg gekämpft; jetzt kommt es auf 20 Jahre mehr auch nicht mehr an«.

Damit die Grünen durch ihre Niederlage im Palament nicht ihr Wählerklientel verlieren, versuchen sie diese so lange hinzuhalten, bis alle die Diskussion vergessen haben. Eine Taktik, die erfolgreich in Schweden praktiziert worden ist. 1980 wurde in Schweden eine Volksabstimmung über den Ausstieg aus der Atomkraft erfolgreich für die Bosse durchgeführt.

Daraufhin sind 12 Atomkraftwerke ausgebaut worden, die per Parlamentsbeschluß 2010 abgeschaltet werden sollen. Heute spricht niemand mehr von diesem Datum, geschweige denn von einem Ausstieg. Stattdessen zieht der dortige Atomkraftwerksbetreiber Sydkraft (Hauptaktionär ist die deutsche Preussenelektra) gegen eine mögliche Enteignung vor Gericht, mit denen diese Jahrzehnte beschäftigt sein werden. Sollte dies nicht ausreichen hat Sydkraft angedroht, durch alle EU-Instanzen zu gehen.

Diese Möglichkeiten haben die deutschen Atomkraftwerksbetreiber natürlich auch, und sie werden diese vollends ausschöpfen. Der 1988 gefällte Beschluß,

Schwedens gefährlichsten Meiler Barsebäck, als Reaktion auf die Tschernobyl-Katastrophe, 1995 stillzulegen, ist natürlich nicht umgesetzt worden. Das Ausstiegsdatum wurde auf 1998 verlegt, und die Anlage läuft heute immer noch.

Vor 20 Jahren wurde im schwedischen Parlament der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Geschehen ist nichts - in 20 Jahren.

Genauso wie in Schweden wird es in Deutschland keinen Atomausstieg geben, wenn der Wirtschaftsminister Müller (SPD) verkündet, langfristig müsse man sowieso in die Kernenergie wieder einsteigen. Müller dementierte nachträglich seine Aussage, er habe den langfristigen Wiedereinstieg in die Kernenergie zu einem falschem Zeitpunkt verkündet.

Müller als ehemaliger Manager eines Energiekonzerns weiß, daß ein Atomausstieg gegen die Kapitalinteressen

---

***Daß die Regierungen keinen Einfluß haben, bestätigt Wilfried Steuer, Präsident des deutschen Atomforums in einem zynischen Schüttelreim:***

***»Regierungen kommen und gehen,  
aber die deutsche Kernkraft,  
die bleibt bestehn«.***

---

unmöglich ist.

Mittlerweile haben auch die Grünen offiziell einen Ausstieg im Einvernehmen mit der Atomindustrie vereinbart. Das bedeutet, wie vorher gezeigt, die Verschiebung des Atomausstiegs auf den St. Nimmerleinstag.

So wie Trittin dicke Backen beim Atomausstieg gemacht hat und nichts dabei herausgekommen ist, so trat er bei der Bürgerinitiative in Gorleben in der Frage des Atomendlagers Schacht Konrad auf. Die Atomgegner waren zwar sauer auf Trittin, haben aber selber keine Alternative zum Reformismus, der sich letztlich immer dem Kapital unterordnen muß. Wegen ihrer mangelnden Perspektive ist die Bewegung heute paralytisch. Dem Kapital konnte überhaupt

nichts besseres passieren.

Die Grünen haben die Anti-AKW Bewegung von der Straße ins Parlament geführt. Dort hat das Kapital die Bewegung völlig unter Kontrolle und sorgt dafür, daß die Grünen die Bewegung, aus der sie selbst entstanden sind, zerschlagen muß, ob sie nun wollen oder nicht.

Wir sehen an dem Szenario der letzten Monate, daß die Politiker im Parlament überhaupt nicht die Macht haben, den Ausstieg aus der Atompolitik durchzusetzen, weil dies grundlegend dem imperialistischen Interesse der Bourgeoisie widerspricht. Die Bourgeoisie hat unzählige Sicherheitsmaßnahmen wie Gerichte, Presse und das Militär als letztes Mittel, um gegen das Parlament zu putzen, eingebaut. Daß die Regierungen keinen Einfluß haben, bestätigt Wilfried Steuer, Präsident des deutschen Atomforums:

»Regierungen kommen und gehen, aber die deutsche Kernkraft, die bleibt bestehn« (Frankfurter Rundschau, 27.01.99).

Will man in rechten Zeiten, in der es keine Bewegung gibt, Realpolitik machen, so müssen sich die Grünen dem rechten Stammtisch und dem Kapital unterordnen und alle ihre anfangs verfolgten politischen Ziele aufgeben.

Die Grünen sind durch ihre heutige Realpolitik nun selbst indirekt zu den Verteidigern des europäischen Atomprogramms geworden, ob sie nun wollen oder nicht. Die Lehre, die wir daraus ziehen:

1. Wir dürfen heute keine Realpolitik betreiben, da wir sonst unsere politischen Ziele aufgeben könnten.

2. Das Parlament ist nicht dazu geeignet aus der Atomenergie auszustiegen, weil dies dem Interesse des Kapital grundlegend widerspricht. Die Demokratie ist also nur eine Form von Diktatur der Bourgeoisie.

3. Wir Arbeiter müssen, um das Atomproblem zu lösen, weltweit gemeinsam gegen das Kapital kämpfen, das ein Interesse an den Atombomben hat. Das Atomprogramm kann man also nur mit einer revolutionären Politik bekämpfen. Die Ereignisse bestätigen unsere Haltung, da mindestens die Arbeiter die Machtfrage stellen müssen, wenn die

# Wiedergutmachung der deutschen Industrie

## Übernahme der Verantwortung oder Augenwischerei?

★ KARSTEN SCHMITZ

Über ein halbes Jahrhundert nach Ende der Nazi Herrschaft drohen den deutschen Unternehmen Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter. Denen reicht das Betroffenheitsgetue der deutschen "Elite" schon lange nicht mehr. Sie wollen wenigstens einen kleinen Teil des Geldes zurück, das die deutsche Industrie aus ihrer Knochenarbeit gepreßt hat.

Anfang Februar sorgte die Meldung für Aufsehen, daß institutseigene Historiker der Deutschen Bank offen und ohne Druck bekanntgegeben haben, daß ihr Unternehmen im Dritten Reich SS-Bauten im Konzentrationslager Auschwitz finanziert hat.

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit; die Deutsche Bank veröffentlichte diese Tatsache nicht aus Wahrheitsliebe oder um sich ohne Hintergedanken ihrer Geschichte zu stellen. Um Geld ging es.

Als das Frankfurter Kreditinstitut das US-Investmenthaus Bankers Trust übernehmen wollte, um nicht den Anschluß an die Weltspitze im Finanzgeschäft zu verlieren, kam Einspruch aus New York. Dort muß der Zehn-Milliarden-Dollar-Deal von der Federal Reserve Bank (Zentralbank) und dem Banking Department des Staates New York genehmigt werden. Und der einflußreiche Stadtkämmerer Alan Hevesi hat die Aufseher aufgefordert, ihre Zustimmung zu verweigern, solange nicht alle Ansprüche von Holocaust-Opfern befriedigt sind.

In den USA, wo fünf Millionen Juden leben, von denen auch einige - anders als hier - auf einflußreichen Positionen stehen, kann es sich kein deutsches Unternehmen leisten, seine braune Vergangenheit zu verschleiern. Umso kältere Füße bekommt auch das deutsche Kapital angesichts der Sammelklagen,



Oberingenieur Faust von der IG-Farben erklärt Himmler die Industrieanlage seines Konzerns in Auschwitz

die die ehemaligen Zwangsarbeiter angekündigt hatten, die nun in den USA leben. Denn haben sie Erfolg, werden zahlreiche deutsche Firmen von einem der wichtigsten Weltabsatzmärkte, den Vereinigten Staaten, boykottiert werden.

So soll nun der von Kanzleramts-Minister Bodo Hombach initiierte "Versöhnungsfonds der deutschen Wirtschaft" die ehemaligen Zwangsarbeiter entschädigen und vor allem die USA von einem Boykott deutscher Unternehmen abhalten, die in den Topf einzahlen.

Die ca. 700.000 ehemaligen Zwangsarbeiter im Baltikum, in Polen, Rußland, Tschechien, Ungarn und der Ukraine, die ein internes Kanzleramts-Papier »diejenige Gruppe der Opfer des

Nationalsozialismus« nennt, »die am wenigsten Genugtuung und Hilfe erfuhren«, gucken in die Röhre. Nachdem die Kohl-Regierung die "biologische Lösung" der Wiedergutmachungs-Frage praktiziert hat - das Problem "aussitzen", bis die Opfer weggestorben sind -, verfährt die Schröder-Regierung nach ökonomischen Gesichtspunkten: Wo Kaufkraft ist (USA), wird entschädigt, wo keine ist (Osteuropa), nicht.

Der Gipfel der Unverfrohenheit ist aber, daß die deutsche Industrie es wieder einmal geschafft hat, sich um den Großteil der Zahlungen herumzumogeln. Dachten ihre Vertreter anfangs noch laut darüber nach, daß der Staat die Wiedergutmachungs-Zahlungen überneh-

men soll, hat man nun eine "elegantere" Lösung gefunden. Augenscheinlich bezahlt die Industrie, aber die Einlagen in den Fonds kann sie von der Körperschaftssteuer absetzen.

Kaum jemand glaubt noch dem Spruch, daß der Staat doch wir alle seien. Aber wenn der Staat Geld zahlen soll, dann zahlen wir - fast - alle. Fast, weil das Kapital nicht für's Zahlen in, sondern für's Bedienen aus der Kasse da ist, vornehmlich in Form von Subventionen, aber auch in Form der Rückerstattung von Einzahlungen in diverse Fonds. Im Klartext: Wir Arbeiter bezahlen wieder einmal die Zeche der Unternehmer.

Dabei hätten auch die deutschen Arbeiter allen Grund, die deutsche Industrie zu verklagen. In ihrem Auftrag haben die Nazis unsere Gewerkschaften zerschlagen und die Arbeiter auf's Schlachtfeld gehetzt. Und nach Kriegsende mußten diejenigen, die geschuftet haben, Hunger und Not leiden - die Bosse konnten direkt wieder von der Arbeit anderer leben.

Die Naziherrschaft war nämlich nicht die Kollektivschuld eines "deutschen Volkes", das man gerne bemüht, um den wahren Schuldigen zu verbergen; der Aufstieg und die Machtergreifung des Nationalsozialismus waren eine Inszenierung des deutschen Kapitals.

Das deutsche Kapital brauchte die Nazis, weil es den Krieg wollte

Ein vor der Obrigkeit buckelnder österreichischer Schmalhans, der in Herrenmenschen-Phantasien schwelgt, wäre wohl eher ein Kandidat für eine Psychotherapie gewesen als für den Posten eines Diktators. Erst im Januar 1932 zeichnete sich ab, daß aus ihm mehr werden sollte als der Anführer einer rechtsradikalen Bewegung von frustrierten Kleinbürgern. Zu diesem Zeitpunkt nämlich überzeugte er die deutsche herrschende Klasse im Düsseldorfer Industrieclub davon, daß er der Richtige war, um ihre Interessen durchzusetzen.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das deutsche Kapital nämlich keinen Zugang mehr zum Weltmarkt. Verhandlungen, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu lockern, scheiterten am Widerstand der französischen und britischen Regierung. Eine Neuverteilung der Märkte konnte das deutsche Kapital also

nur noch durch ein politisches Mittel erreichen - Krieg.

Und je größer ein Krieg ist, den ein Staat führen will, desto kleiner muß die Opposition gehalten werden, die einem im Land selber in die Quere kommen kann. Und die deutsche Opposition gegen das Kapital war mächtig. Die Arbeiterbewegung hatte immerhin noch vor 13 Jahren einen Revolutionsversuch unternommen und verfügte über starke Gewerkschaften.

Der Deal der deutschen Kapitalisten mit Hitler bestand nun darin, daß er die Arbeiterbewegung zerschlagen und den Krieg für sie führen sollte. Und genau das tat er auch. Unmittelbar nach der



**Himmler und IG-Farben Vertreter besichtigen Auschwitz**

Machtübernahme, am 2. Mai 1932 wurden die Gewerkschaftshäuser von den Nazis geschlossen und die kommunistischen, sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt. Die Vorbereitungen für den Krieg liefen seitdem auf vollen Touren.

Und auch im Dritten Reich war Hitler nicht der Diktator, der allein zu sagen hatte, wo's langgeht. Seine Politik bestimmte zu großen Teilen das Kapital. Es war so mächtig, daß es Hitler in nur zwei Tagen dazu brachte, viele seiner Freunde und Mitsstreiter aus den Anfängen der NS-Bewegung umzubringen.

Denn vor der Machtergreifung hatte Hitler seinen Anhängern versprochen, das große Kapital zu verstaatlichen, um den Kleinbürgern "Lebensraum" zu verschaffen. Und nun forderte vor allem die SA, daß der nationalen auch wirklich die soziale, die zweite "Revolution" folgen sollte. Das Kapital verlangte von Hitler natürlich, daß er dem Spuk möglichst schnell ein Ende bereite. Schließlich hatte

es Hitler an die Macht gebracht, damit er jede Opposition schon im Keim erstickt, und nun fand man die Opposition sogar schon in den Reihen seiner eigenen Partei, der NSDAP.

Am 28. Juni 1934 ließ der Stahlmillionär Krupp Hitler persönlich bei sich in Essen antanzen, um ihm Instruktionen zu erteilen.

Direkt am nächsten Tag setzte das deutsche Kapital Hitler von einer anderen Seite in aller Öffentlichkeit unter Druck. Im 'Völkischen Beobachter' vom 29. Juni war von einem geplanten Putsch der SA zu lesen (den es natürlich gar nicht gab) und davon, daß der Reichwehrrführer General von Blomberg den Reichskanzler Hitler seiner uneingeschränkten Unterstützung versicherte.

Jetzt ging alles Schlag auf Schlag. Am 30. Juni, also nur einen Tag später, ließ Hitler bereits seine alten "Weggefährten" Röhm, Strasser und Ernst ohne Umschweife erschießen. In ganz Deutschland wurden die Vorkämpfer der "zweiten Revolution" zu Hunderten niedergestreckt. Die Reichswehr hielt sich zwar im Hintergrund, war aber bereit einzugreifen. Nach dem Schlachtfest gratulierte von Blomberg dem Führer öffentlich zum gelungenen Schlag "gegen die Verräter und Aufständischen".

Die Politik machte also Krupp, nicht Hitler, der es sich mit seinen Bündnispartnern nun endgültig verscherzt hatte. Mussolini nannte ihn z.B. nur noch den "Führer der Mörder und Päderasten". Seit Beginn der 30er Jahre war Hitler nichts anderes mehr gewesen als eine Marionette des deutschen Kapitals.

Und weil genau dieses deutsche Kapital Hitler an die Macht gebracht hat, ist es auch für seine Verbrechen verantwortlich, nicht nur für die Ermordung von den SA-Nazis, denen wir eh keine Träne nachweinen, sondern auch für den Massenmord an den Juden, den Zweiten Weltkrieg, und natürlich war es wieder die deutsche Industrie, die von den Zwangsarbeitern profitierte, die sich für die schnelle Mark, die der Unternehmer mit ihnen machte, oftmals zu Tode schinden mußten.

Als der deutsche Staat den Krieg verloren hatte, ging es den Menschen sehr schlecht - allerdings nicht den Kapitalisten. Die »Industriellen, Beamten und gro en Macher«, die den Hitlerfaschismus errichtet, finanziert, organisiert und von ihm profitiert hatten, konnten man unmittelbar nach Kriegsende »mit

dem Auto in den Straßen ... umherfahren sehen, im Besitz von Ausweisen der Militärregierung, die ihnen alle möglichen Trennungen, Kaugummi zwischen den Zähnen und amerikanische Zigaretten zwischen den Lippen und voller Zuversicht, da sie ... nicht weniger schlecht fahren werden« als im Dritten Reich. Währenddessen mußten die völlig ausgehungerten Arbeiter in den zerbombten Stadtruinen, in denen fast nirgendwo mehr Straßenbahnen oder Autobussen verkehrten, müde ihren Heimweg antreten, wenn sie überhaupt noch ein Heim hatten.

Während Krupp noch 1945 als Kriegsverbrecher vor dem Gericht der Alliierten stand und verurteilt wurde, war er bereits zu Anfang der 50er Jahre nicht nur wieder auf freiem Fuß; auch sein von den Siegermächten entflechteter Konzern war auf wunderliche Art und Weise wieder "zusammengewachsen" - er konnte also wieder dicke Profite auf dem Rücken der Arbeiter scheffeln.

Krupp brauchte, um seinen angeblich zerschlagenen Konzern in alter Form wieder zu ergattern, nach seiner Amnestierung lediglich den einstigen jüdischen Widerstandskämpfer Bertold Beitz zu seinem Generalbevollmächtigten zu berufen und erklären, er werde keine militärischen Güter mehr herstellen.

Diese Möglichkeiten eröffneten sich allen deutschen Unternehmern, wenn sie sich nicht zu dumm anstellten. Die Industriellen, die in den Nürnberger Prozessen verurteilt worden waren, wurden von einer starken Lobby - der Industrie selber nämlich - wieder freigepakt. Dann mußten sie nur noch ein paar Anstandsregeln beherzigen, und schon gehörten sie wieder zur deutschen Elite.

Die Kriegsverbrecher wurden natürlich in die zweite Reihe gestellt, wo sie nicht so sehr auffielen. Aber sie bekamen Posten zugeschanzt, mit denen sie ihren alten Lebensstandard aufrecht erhalten konnten. In den Vordergrund drängten diejenigen nach, die im NS-Reich ihre Karriere als Jungunternehmer gerade erst gemacht hatten. Sie kannten sich in Staatsapparat und Wirtschaft bereits gut aus und brachten so alle Fähigkeiten mit, die sie zur Mitgliedschaft in der BRD-Elite benötigten.

Auch in der Politik gab es viele Auffangbecken für die Wirtschafts-

kapitäne unter den Nazis. Hinter Adenauer standen als persönliche Berater z.B. die Vertreter aus Industrie und Großfinanz wie Pferdenges, Abs (Deutsche Bank) und Henle.

Pferdenges trat zwar so gut wie nie in der Öffentlichkeit auf, konnte seine Interessen aber immer durchsetzen und galt als engster Berater Adenauers. Die Beziehung zwischen beiden war so eng, daß das Wort von der "Ära Pferdenger" die Runde machte. Pferdenges war Inhaber des Kölner Bankhauses, das seinen Namen trug, hatte zeitweise mehr als drei Dutzend Aufsichtsratsposten inne und war einer der reichsten Männer der Bundesrepublik. Von der US-amerikanischen Besatzungsmacht war er sogar zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer gemacht worden.

Allerdings hatte seine Karriere nicht erst in der BRD begonnen. Bereits bei den Nazis war er ein gemachter Mann gewesen. Wegen seiner aktiven Teilnahme an der Leitung der Rüstungswirtschaft fand man seinen Namen auch auf der Kriegsverbrecherliste der amerikanischen Militärregierung.

Aber in den Gründerjahren der BRD war das kein Hinderungsgrund für einen steilen Aufstieg, sondern fast schon die Garantie für ihn.

Und als die ganzen bekannten Köpfe des Nazi-Regimes nach und nach wieder in den Führungsreihen der BRD auftauchten, schwiegen die Opfer und klagten die Täter nicht an. Selbst der von seiner zehnjährigen Haft im Konzentrationslager geschwächte SPD'ler Kurt Schumacher hielt den Mund, als er im Bundestag den alten Nazis - damals hauptsächlich in Gestalt von FDP-Abgeordneten - wieder über den Weg lief. Während der Soziologe Mitscherlich von der "Unfähigkeit zu trauern" sprach, nannte Hermann Lübke die herrschende Mentalität im Nachkriegsdeutschland die "Fähigkeit des kollektiven Beschweigens".

Die herrschende Klasse kann das politische System wechseln wie andere Leute ihre Unterhose. Sie nimmt dabei keinen Schaden, und es liegt in ihrem Interesse. Sie kann froh sein, daß nur Entschädigungs-Zahlungen von ihr gefordert werden. Denn wollte man künftige Verbrechen verhindern, müßte man sie enteignen. Im Kapitalismus wird sie zu jeder Schandtat bereit sein, wenn sie ihre Profite bedroht sieht.



## Hallo Leute,

ich muß heute mal wieder Dampf ablassen, langsam platzt mir der Geduldsfaden.

Erst kürzlich hat sich mein Boß, der Breuer, riesig gefreut, als ich ihn vom Flughafen abgeholt habe. Er kam gerade aus Amerika zurück und hatte dort die Bänklers Trast gekauft. Jetzt wären sie die größte Bank der Welt.

Ist doch klar, Mann, ob "Deutsche Bank" oder Deutsches Wesen, es ist immer in der Welt das größte.

Insofern ist jetzt die Betteltour vom Chef eine absolute Demütigung. Früher habe meine Bank mit 1,5 Milliarden Auschwitz finanziert. Na und, haben wir doch schon längst hinter uns.

Erst mußten wir in Amerika den Juden Geld geben, damit wir überhaupt eine Bank bekamen, was wollen die dann jetzt noch? Die wollen keine Aktien mehr kaufen und immer noch unsere Bänklers Trast boykottieren. Sie sollen doch endlich die Vergangenheit mal ruhen lassen.

Mein roter Sohn Dieter meint, daß es ein großes Verbrechen wäre, eine Bank zu gründen und meine Bank daher als größter Verbrecher enteignet werden müsse. In die Zentrale bei uns in Frankfurt sollte die Antifa einziehen und alle Arbeitervereine.

So ein Spinner, wer soll denn da noch auf die Aktien aufpassen. Na ja, wenigstens ha'm jetzt die Sozis bei uns in Hessen ihre Quittung gekriegt.

Meine gute Staatsbürgerschaft unter die Fremden verteilen, wo kämen wir da hin. Der Koch hat wenigstens gut von den Bayern gelernt und wird wieder Ordnung bei uns schaffen.

Er wird auch den Amis den Marsch blasen. Dann braucht mein Chef nicht mehr im Büßergewand durch Amerika ziehen. Hoffentlich werden wir dann keine Entschädigung wegen Auschwitz zahlen müssen, und ich krieg' dann mehr Lohn.

Nichts für ungut,

# Die Verbrechen der Wehrmacht

★ CHRISTOPH BRINCKEN

Zur Zeit findet die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" statt.

Von der Rückseite des Kataloges dieser Ausstellung möchten wir folgendes zitieren:

»Die Wehrmacht spielte eine aktive Rolle beim Holocaust, bei der Plünderung der besetzten Gebiete, beim Massenmord an der Zivilbevölkerung und bei der Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Der Krieg war kein normaler Krieg, sondern wurde als Rassenkrieg geplant und geführt. Die Wehrmacht war als Teil der nationalsozialistischen Gesellschaft umfassender und bereitwilliger als bisher angenommen beteiligt.«

## Zur Aktualität

Die Ausstellung findet nicht im politisch luftleeren Raum statt, sondern in einer Phase, in der sich die herrschenden Klassen Europas unter deutscher Führung mit dem Partner Frankreich zu einer neuen atomaren Supermacht mauern. Dazu gehört die Option, Krieg zu führen.

In einer solchen Konstellation werden die Verbrechen der Nazis gerne vergessen; Walsers Vorstoß, das Erinnern an die Nazizeit zu beenden, fand in reaktionären Kreisen heftigen Zuspruch, und die Neo-Nazis wittern Morgenluft.

Zu der rechten Legendenbildung gehört es ebenfalls, die Wehrmacht als "sauber" darzustellen, wenn schon die Nazis verwerflich gehandelt hätten, so habe doch der deutsche Soldat nur seine Pflicht getan.

Mit dieser Legende räumt die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gründlich auf.

Die Verbrechen sind keine Einzelhandlungen:

Es handelte sich bei den Kriegsverbrechen - nicht, daß Kriege nicht an sich schon ein Verbrechen wären - kei-

nesfalls um Einzelaktionen, sondern vielmehr gab es verbindliche Befehle für die Wehrmacht, wie in besetzten Gebieten vorzugehen ist.

Beispiel:

Armee-Oberkommando (AOK) 6, Befehl vom 10. Juli:

»a) Soldaten in Zivil, meist schon erkenntlich am kurz geschnittenen Haar, sind nach Feststellung, daß sie rote Soldaten sind, zu erschießen.

b) Zivilisten .. die sich in Wäldern aufhalten, sind als Freischützer zu erschießen.

c) unsichere Elemente, z.B. sowjetische Zivilfunktionäre, sind dem SD [Sicherheitsdienst] zu übergeben ... [d.h. zu erschießen]«

## Serbien

Am 6. April 1941 überfiel Hitlerdeutschland ohne Vorwarnung Serbien. In Kroatien war bereits die faschistische Ustascha-Regierung installiert worden.

Belgrad wurde ohne Vorwarnung bombardiert, wobei mehr Menschen getötet wurden als bei den vorangegangenen Bombardierungen von Rotterdam, Coventry und Warschau zusammen. Bei der anschließenden Besetzung des Landes sollten neben »Emigranten, Saboteuren, Terroristen« auch »Juden und Kommunisten« sichergestellt werden.

Sonderkommandos agierten hierbei innerhalb von Heeresverbänden. Juden mussten sich registrieren lassen und wurden unter Aufsicht der Wehrmacht zur Arbeit eingesetzt. Danach setzte die nazible übliche "Arisierung" jüdischen Besitzes ein.

## Vergeltungsmaßnahmen

Wurden durch Partisanen deutsche Soldaten getötet, so wurde zu "Vergeltungsmaßnahmen" gegriffen. Für

einen toten Deutschen erschloß die Wehrmacht, oft allein, mal mit SD oder SS 1.000 Serben. Wer eine Brille trug, jüdisch aussah oder einfach nur zur falschen Zeit am falschen Platz war, landete im Massengrab. Wurde eine Einheit angegriffen, so wurden alle Bewohner der Ortschaften in der Nähe "zur Vergeltung" umgebracht. Diese Praxis wurde gelegentlich auch in Griechenland und Italien angewendet.

Defakto führte die Wehrmacht Krieg gegen die Zivilbevölkerung.

Franz Böhme war am 16. September 1941 von Hitler persönlich zum bevollmächtigten kommandierenden General in Serbien eingesetzt worden. Der Chef des Obersten Kommandos Wehrmacht (OKW) Keitel gab am selben Tag einen Befehl zur Bekämpfung der »kommunistischen Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten«, die »als Sühne für ein deutsches Soldatenleben ... die Todesstrafe für 50 - 100 Kommunisten als angemessen« ansah. Mit diesen Befehlen ausgestattet kam Böhme in Serbien an.

## Das Massaker von Kraljevo

Anfang Oktober 1941 kontrollierten die Partisanen- und Tschetnik-Verbände den größten Teil des flachen Landes. Die Wehrmacht gab den Süden Serbiens auf. Insgesamt 1.400 Mann des 749 und 737 Infanterieregimentes besetzten die Stadt Kraljevo, die wegen kriegswichtigen Waffenfabriken unbedingt gehalten werden sollte. Seit den ersten Oktobertagen griffen die Partisanen und Chetniks unter Artillerieeinsatz an. Am 13. Oktober waren die Wehrmachtsverbände von generischen Kräften eingeschlossen. Am nächsten Tag erfolgte durch Wehrmachtsangehörige die Festnahme von »Kommunisten, Nationalisten, Demokraten und Juden - soweit Bewachung möglich ist - als Geiseln«. (Tagesmeldung der 717.

Infanteriedivision vom 14.10.1941)

Diese sollten die ersten Erschießungsopfer sein. (Tagesmeldung der 717 am 15.10.41) Am 15. Oktober hieß es im Kriegstagebuch lapidar: »Gegen 18:00 Uhr Schüsse aus Husaren, 300 Serben erschossen.« (Tagesmeldung der 717. ID am 15.10.41)

Als die Aufständischen angegriffen und zurückgeschlagen werden, werden am 15. Oktober 1.755 Geiseln zur Vergeltung für gefallene Deutsche erschossen. Die Bilanz der Truppe von Franz Böhme in Serbien:

Den 160 Toten und 278 Verwundeten der eigenen Truppe standen zwischen 20.000 und 30.000 erschossene Zivilisten gegenüber - darunter sämtliche erwachsenen Juden im Land.

### In der Sowjetunion

Beim Vorstoß der 6. Armee als Teil der Heeresgruppe Süd nach Stalingrad eroberte die Wehrmacht weite Teile der Ukraine.

Die 6. Armee führte nicht nur den Kampf gegen die gegnerische Armee sondern auch gegen die Zivilbevölkerung. Armeeangehörige brachten Juden und Zivilpersonen, die der "Sabotage" verdächtigt wurden, um

### Der Reichenau Befehl

Am 10. Okt. 1941 gab von Reichenau



einen Befehl heraus, der von Hitler eindringlich begrüßt und sofort der gesamten Wehrmacht als vorbildlich weitergegeben wurde.

»Betr.: Verhalten der Truppe im Ostraum. Hinsichtlich des Verhaltens der Truppe gegen ber

dem bolschewistischen System bestehen vielfach noch unklare Vorstellungen. Das wesentliche Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des

## KEIN NAZIS-AUFMARSCH IN KÖLN - UND ANDERSWO!

Die Wehrmachtausstellung ist zwar eine Dokumentation der Regierung, aber diese scheint deren Botschaft selber nicht ernst zu nehmen.

Immer, wenn in den Medien über die Ausstellung berichtet wird - ob Bonn, Lübeck oder jetzt Saarbrücken -, sieht man auch gleichzeitig die Stiefelnazis gegen die Ausstellung protestieren, sie als Lüge diffamieren und somit ihre menschenverachtende Ideologie propagieren.

Wenn Antifaschisten gegen die braune Pest demonstrieren wollen und Ziele der Ausstellung verteidigen, dann konstatiert die Presse wie selbstverständlich, daß die linken Demonstranten von der Polizei niedergeknüpelt werden.

Der Kommentator findet diese Welt auch ganz normal, und dem Publikum muß dies dann auch ganz normal vorkommen:

- Der Staat dokumentiert die Wehrmachtsverbrechen.
  - Die Nazis stellen dies als Lüge hin und werden dafür vom Staat geschützt.
  - Die Linken verteidigen die staatliche Ausstellung und werden dafür vom Staat zusammengeprügelt.
- Ist doch logisch, oder nicht? Verdrehte Welt. Aber eben  $p' = m/(c+v) = \text{balla balla}$ .  
Deshalb müssen wir so viele sein, wie möglich. Je mehr wir sind, um so weniger getraut der Staat und seine Polizei sich, uns zu verprügeln. Ab 3.4. findet die Ausstellung in Köln im Stadtmuseum statt.

Achtet auf die Demo-Plakataufrufe, schaut ins Internet oder in die Zeitung.

e

b

asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte Soldatentum hinausgehen.

Der Soldat ist im Ostraum nicht nur Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Richter für alle Bestialitäten, die deutschen und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden. Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum vollstes Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken... Fern von allen politischen Erwägungen hat der Soldat zweierlei zu erfüllen:

- 1) die völlige Vernichtung der bolschewistischen Irrlehre, des Sowjet-Staates und seiner Wehrmacht,
- 2) die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit und damit die Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Rußland. Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk ein für allemal von der asiatisch-jüdischen Gefahr zu befreien.

Der Oberbefehlshaber von Reichenau  
Generalfeldmarschall«

### "Vergeltungsmaßnahmen"

Teilweise wurden auch Massenmorde für »getötete Ukrainer und Wehrmachtsangehörige« als sogenannte "Vergeltungsmaßnahmen" unter Einbeziehung von Ukrainern an Juden verübt. Die Menschen wurden aufgehetzt, indem man getötete als Opfer der Juden ausgab. Rotarmisten, die durch den raschen Vorstoß hinter die Linie geraten waren, wurden als Partisanen umgebracht. Ebenso waren Frauen, die in der roten Armee dienten, als "Flintenweiber" sofort zu erschießen. Das gleiche galt für Politikommissare.

Die Funktion der Wehrmacht bei der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten:

Bei Erschießungen durch den SD dien-

ten Armeeinghörige als Absperrposten. Geheime Feldpolizei und Feldgendarmarie beteiligten sich an der Festnahme und lieferten Juden an die SD aus.

Für die Landser wurde folgende Formel herausgegeben: »Jeder Jude ist ein Partisan oder unterstützt Partisanen.« Angehörige der Orts- und Feldkommandanturen erschossen "jüdische Saboteure", der SD rottete die übrigen Einwohner eines Ortes aus.

Nach der Eroberung von größeren jüdischen Orten führten SS und SD mit Hilfe von Armeeinghörigen Massenerschießungen durch. In Babij Jar erschöß die SS nach eigenen Angaben 33.771 Juden in einer Schlucht. Eine Pioniereinheit sprengte anschließend die Ränder der Schlucht und planierte das Massengrab.

### Tote Zonen

1943 ging die Wehrmacht zur Schaffung toter Zonen als Niemandsland vor.

Diese Politik der verbrannten Erde bedeutete, Dörfer zu evakuieren, dann niederzubrennen. Die Bewohner kamen in langen Todesmärschen um; wer nicht mehr laufen konnte wurde sofort erschossen. Wer den Marsch überlebte, erreichte das vorgesehene Massengrab. Diese Erschießungen wurden dann durch Spezialeinheiten vorgenommen und sollten der Truppe insgesamt nicht bekannt werden. Von den 10,6 Mio Einwohnern der Ukraine verloren so 2,2 Mio das Leben. Insgesamt verloren 6,5 Mio russische Soldaten und 12 Mio russische Zivilisten ihre Leben im Zweiten Weltkrieg.

### Resümee

Die Wege der deutschen Wehrmacht waren von Massengräbern begleitet. Mit derselben Routine, mit der Nachschub organisiert und Vorstöße geplant wurden, wurden Geiseln genommen und Juden und »verdächtige Personen« verhaftet und mal unauffällig, mal offen den Erschießungskommandos zugeführt. Nicht nur die individuelle Brutalität des einzelnen Soldaten - der später für das bürgerliche Lager nur eine unbestimmte "Kollektivschuld" an den Nazi-Barbareien hatte, ist für die Greuel verantwortlich zu machen, sondern vor allem die herrschende Klasse inklusive der Wehrmachtsführung.

Die einfachen Soldaten haben sich

# CDU setzt

Nach der verlorenen Bundestagswahl befand sich die CDU in einem desolaten Zustand. Schäuble, Stoiber und Co. spielten panikartig die rassistische Karte aus; mit Erfolg, wie man bei der Landtagswahl in Hessen sehen konnte. Um ihre Nichtwähler und nach rechts abgewanderten Wähler wieder zu aktivieren, starteten sie die rassistische Unterschriften-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

### Rassistische Hetze der CDU/CSU

Erst schien die CDU/CSU mit ihrer Straßenkampagne gegen die Pläne zur Einführung der doppelten Staats-

## Polizei-

In unzähligen Städten der BRD protestierten Antirassisten gegen die rassistische Unterschriftenaktion der CDU/CSU. Allerdings mußten die Demonstranten mit ansehen, daß sehr viele gerne bereit waren, sich an der ausländerfeindlichen Hetze zu beteiligen. Innerhalb von nur wenigen Wochen kamen fast eine Million Unterschriften zusammen.

Zumeist mußten die Zelte und Sonnenschirme von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt werden.

In Köln versuchten immer wieder einige Dutzend Leute den



# Doppelte Staatsbürgerschaft: auf die rassistische Karte

★ FRANCIS BYRNE

bürgerschaft in rechte politische Abseits zu steuern. Doch CDU-Chef Schäuble wußte es besser: Je länger die Diskussion auf der Straße geführt wird, desto größere Zugkraft wird das Thema Ausländerpolitik für die CDU/CSU haben.

Und tatsächlich hat sich diese Erwartung erfüllt. Nach der Niederlage bei der hessischen Landtagswahl muß sich die neue rot-grüne Regierung in Bezug auf die Einführung des neuen Gesetzes der FDP unterordnen. SPD-Parteichef Lafontaine spricht jetzt von einer Konsenslösung, die auch von den CDU/CSU-Rassisten im Bundesrat mitgetragen werden kann.

Aus dem CSU-Thesenpapier zur Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft erkennt man, wie stark die rassistische Hetze geworden ist. Es sind Töne, die wir sonst nur von den Nazis kennen: Es wird gesprochen von einer »Zuwanderungswelle mit unabsehbaren Ausmaßen«, von einer »Einbürgerungswelle ohne Beispiel«. Davon, daß die »Grenze der

Belastbarkeit durch Zuwanderung gesprengt wird« ist die Rede und »extremistische islamistische Gruppierungen türkischen und arabischen Ursprungs nutzen Deutschland als Basis um in ihren Heimatländern Diktaturen zu errichten« der »innere Frieden« gerät in Gefahr, deutsches »Kultur- und Geschichtsbewusstsein wird bewußt in Frage gestellt« und schließlich drohe »die Spaltung unserer Gesellschaft«.

Es wurde sogar schon gehetzt, indem man vom Untergang des Abendlandes durch Islamisierung sprach.

Um den selbst geschürten Ängsten entgegenzuwirken sieht das Thesenpapier nur die Möglichkeit, »die Bevölkerung zu mobilisieren« und den »Widerstand an vorderster Front« zu organisieren.

## Die Bürgerlichen mobilisieren das rechte Lager auf der Straße

Das Thesenpapier wurde einstimmig von den 46 CSU-Funktionären angenommen. Bei dieser Giftspritze wird einem speiübel, doch die Hetze wird bis heute weitergeführt.

Die doppelte Staatsbürgerschaft sei schlimmer als die RAF zu ihren Hochzeiten, so Stoiber, Ministerpräsident Bayerns; Huber, der Chef der bayerischen Staatskanzlei fühlt sich bedroht von 50.000 PKK-Sympathisanten; CSU-Bundestagsabgeordneter Ramsauer hat Angst davor, daß »massenhaft Millionen, Zigmillionen Ausländer zu Neodeutschen« gemacht werden.

Die CDU sieht sogar die doppelte Staatsbürgerschaft als ein Hindernis für die Integration und gibt vor, ihr Hauptbeweggrund für die Unterschriftenhetze sei der Wille zu einer fairen Integration. Sie geht mit den ganz harten Lügen etwas vorsichtiger um, doch auch sie läßt die Herzen der deutschen Stammtische höher schlagen. So haben dann auch einhellig die Nazis von NPD, DVU und REPs die Aktion begrüßt und ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Aufgrund der langen Passivität der Arbeiterbewegung und der zunehmenden Perspektivlosigkeit der Leute findet die rassistische Hetze der Medien und der

## schutz für CDU-Volksverhetzungskampagne

Sammelplatz der CDU lautstark zu streuen und die Passanten auf den Rassismus der CDU aufmerksam zu machen.

In einem WDR-Bericht verglich Richard Blümel von der Kölner CDU in unverschämtester Weise die anti-rassistischen Protestierer mit den Nazis, die versuchen würden, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen.

In vielen Städten kam es zu Rangeleien und vereinzelt Verhaftungen, als von Protestierenden versucht wurde, Unterschriftenlisten zu vernichten.



Politiker genug Verzweifelte, die mit dieser Ideologie zu ködern sind. Der Wirt kann die Stühle am Stammtisch ruhig verdoppeln.

Innerhalb der CDU gab es nur ganz wenige Stimmen, die gegen das Lostreten der rassistischen Stimmung waren: Süßmuth, Eppelmann und wenige andere. Heiner Geißler sagte, daß eine solche Kampagne nur den Nazis zugute kommen würde. CDU-Bundesvorstandsmitglied Arenz war der Meinung, die Kampagne »bonbt die Union aus der Mitte der Gesellschaft an den rechten Rand«. Doch auch die zaghaftesten Kritiker sind angesichts des Erfolgs der Kampagne verstummt: Seit Mitte Januar wurden mehr als eine Millionen Unterschriften gesammelt, und die Landtagswahl in Hessen konnte entgegen jeder Erwartung gewonnen werden.

Angesichts dieses Erfolgs will die Union das Thema mindestens bis zur Europawahl am 13. Juni diesen Jahres fortsetzen. Völkische Töne (Schäuble: »Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk.«) und Rassismus als Wundermittel zur Mobilisierung verlorener Wähler.

## Hessenwahl

Hessens neuer Ministerpräsident Koch versprach von den Wahlplakaten aus, hart durchzugreifen. Dieser rechte Spruch und besonders die Unterschriftenaktion war so erfolgreich für die CDU bei der Landtagswahl in Hessen, daß man ruhig von einem Rechtsruck sprechen kann.

Die CDU konnte bei der Gruppe der Jungwähler um 10 Prozentpunkte zulegen. Die Grünen, traditionell eigentlich von jungen Leuten gewählt, verloren 11% bei den Wählern unter 30 Jahren.

Aber auch andere Wählerschichten fühlten sich von der Hetze angezogen:

»Die CDU hat laut Forschungsgruppe bei den Arbeitern sieben Prozentpunkte, bei den Arbeitslosen sechs ... Prozentpunkte zugelegt.« (Frankfurter Rundschau, 9.2.1999)

Nach dem harten Rechtsruck im Osten wird mit der Unterschriftenkampagne, mit Walser und anderen Ex-Linken auch im Westen rechtes Gedankengut zuneh-

mend gefeiert. 'Die Zeit' titelte sogar schon: »Rechts wird schick«.

Dabei verlangte die CDU-Regierung unter Kohl für Deutsche, die unter anderem in Polen und Rußland leben, von den ausländischen Regierungen die doppelte Staatsangehörigkeit, damit man noch mit der Heimat verwurzelt sei.

## Der ursprüngliche Gesetzesentwurf

Der ursprüngliche Gesetzesentwurf der neuen Regierung, der das völkische Abstammungsgesetz aus Kaiserzeiten (1913) ablösen sollte, hätte zwar Erleichterung für viele zehntausend Immigrantenfamilien gebracht, das Gesetz hätte aber weiterhin auf Ausgrenzung weiter Teile der Menschen gesetzt. Davon, daß es gleiche Rechte für alle gebracht hätte, ist nicht zu reden.

Geplant war die Doppelstaatlichkeit nur unter der Voraussetzung, daß man verfassungstreu ist, nicht arbeitslos, nicht vorbestraft und nicht Empfänger von Sozialhilfe.

Der einst maoistische Otto Schily und neuer Innenminister des Bundes hat Schutzklauseln gegen Verfassungsfeinde in den ursprünglich gestellten Gesetzesentwurf eingebaut. Es könne ja nicht sein, »da wir jemanden, der die Verfassungsordnung umstürzen will, auch noch zum Staatsbürger machen.« Zu seinem Amtsvorgänger Kanther, der als Hardliner verschrien war, kann man keinerlei Unterschied mehr erblicken.

Nicht zuletzt wurde die Debatte von ihm selber losgetreten, als er im 'Berliner Tagesspiegel' sagte, »die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist berschritten«.

Dieser Brandsatz, der mehr als nur an Worte wie "Das Boot ist voll" (erstmal von schweizerischen Politikern in den 30er Jahren benutzt, um jüdische Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland ihrem Schicksal überlassen zu können) erinnert, erntete kräftiges Lob von Rechts. Bayerns Innenminister Beckstein fand den Satz »erfreulich deutlich« und Rolf Schlierer, Vorsitzender der Nazi-Partei REPs beglückwünschte »den Bundesinnenminister zu seiner Erkenntnis. Schily hat nur ausgesprochen, was jeder vernünftige Mensch in Deutschland seit 20 Jahren weiß.«

Erst schienen sich also Stoiber und Schäuble durch die Unterschriftenaktion selbst zu isolieren, doch je länger die Diskussion dauerte, desto mehr Anziehungskraft gewann das Thema auch bei den Massen. Mit der Verhaftung Abdullah Öcalans und den Protesten dagegen auch in Deutschland, kippte die Stimmung noch weiter nach rechts.

Jetzt wird also nach einer Konsenslösung gesucht, damit ein neues Gesetz auch im Bundesrat mehrheitsfähig ist. Eine mögliche Variante wäre der Vorschlag der SPD/FDP-Regierung in Rheinland-Pfalz: Bis zum 23sten Lebensjahr ist eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich, danach müßte auf eine Staatsbürgerschaft verzichtet werden.

Eine ganz neue negative Qualität hat Schily schon in den ursprünglichen Gesetzesentwurf eingebaut: die deutsche Staatsangehörigkeit kann bei Vergehen, Straffälligkeit u.ä. wieder aberkannt werden. Diese Klausel wird auch bei einer Konsenslösung im Gesetz stehen. Auch als Deutsche bleiben die Kollegen Ausländer und sind rechtlich benachteiligt.

Die neue Regierung setzt also auch nicht auf vollständige Integration, sondern auch auf rassistische Hetze, um von den Problemen des Systems, wie Arbeitslosigkeit, abzulenken.

Der Rassismus ist notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Natürlich unterstützen Revolutionäre eine Erleichterung der Einbürgerung, weil sie tatsächlich Verbesserungen für viele tausend Kollegen und Kolleginnen bringen würde.

Unsere Forderungen sind aber viel weitergehend. Für uns verlaufen die Grenzen nicht zwischen den Nationen und Nationalitäten, sondern zwischen oben und unten.

**Aus diesem Grund lauten unsere**

**Forderungen:**

**Wiedereinführung des vollen Asylrechts für alle Flüchtlinge.**

**Wahlrecht für alle hier lebenden Bürger.**

**Doppelte Staatsangehörigkeit für alle, die es wünschen.**

**Abschiebestopp sofort und keine besonderen Ausländergesetze.**

**Und letztlich:**

# Buchbesprechung

## "Erwachen aus dem Alptraum" von Monireh Baradaran

★ WERNER KLEIN

Mit diesem Bericht kann man sich auch in dem liberalen Europa ein sinnliches Bild der Folterungen machen, die in den von den Metropolen unterdrückten und ausgebeuteten Staaten durchgeführt werden. Es könnte in irgend einem diktatorischen Land geschrieben sein, in Chile, Hitler-Deutschland, Griechenland der Generäle, Türkei oder Nigeria.

Nicht, daß man glaubt, damit hätten wir hier in Deutschland nichts zu tun und die Menschen in den unterentwickelten Staaten seien zu blöd, zivil miteinander umzugehen. Man müsse diese Länder nur entwickeln und dann ergebe sich schon das Problem. Leider unterliegen diesem Irrglauben die meisten Menschen, auch Iraner.

Nein. Das Iran des Khomeini ist nur ein Reflex auf die politische und wirtschaftliche Demütigung und Aussaugung durch den Imperialismus, es ist nur die andere Seite der gleichen Medaille. Die wirklichen Folterknechte und Henker sitzen in den Vorstandsetagen von Frankfurt, New York oder London. Schließlich wurden ja in vielen Fällen, z.B. in Chile die Folterschergen direkt von der CIA ausgebildet.

Diese Darlegung zeigt an einem exemplarischen Fall, zu welchen Grausamkeiten die Bourgeoisie als eine herrschende Klasse fähig ist, um ihre Macht zu halten. Betroffen von den Folterungen sind alle Oppositionelle des Mullah-Regimes.

Wenn die Arbeiterklasse an die Macht kommt, wird sie solche Folterungen nicht durchführen, da ihr die Zukunft gehört und sie somit gnädiger mit ihren Feinden umgehen kann. Die Bourgeoisie wird aber umso tollwütiger auf die sich wehrenden dreinschlagen, je mehr ihr Ende naht.

Nachdem die Einweisung in das Gefängnis in Teheran beschrieben wird, fängt die Veröffentlichung des Grauens mit den technischen Details der Folterungen relativ harmlos an:

»... Ich sollte einen Arm nach hinten über die Schulter strecken, so daß die Hand zwischen den Schulterblättern lag. Mit dem anderen Arm mußte ich von unten die auf dem Rücken liegende Hand fassen. Die Fingerspitzen der beiden Hände berührten sich leicht. Ich fühlte starke Schmerzen an den

Armknöcheln. Das reichte ihnen aber noch nicht; meine Hände sollten kreuzweise aufeinanderliegen. So weit konnte ich meine Arme nicht dehnen, also drückte sie der Folterknecht mit Gewalt gegeneinander und band meine Hände zusammen. Dann nahm er mir die Uhr ab, Ein gewaltiger Schmerz durchzuckte meine Arme.

Diese Foltermethode, die Ghapan genannt wird, kannte ich schon von Hrensagen. Bald erreichte der Schmerz die anderen Teile meines Körpers, und ich fühlte mich so, als ob alle meine Muskeln und Sehnen nacheinander zerrissen. Ich dachte, die Zeit sei stehen geblieben. Schweiß bedeckte allmählich meinen ganzen Körper. Hin und wieder schlug der Folterknecht leicht gegen meine Hand. Diese Schläge brachten meinen ganzen Körper zum Erzittern. Mein ganzes Nervensystem schien unter Anbroschlagen geraten zu sein ... Mein ganzer Körper war ein einziger Schmerz.« (S. 29 f.)

Nach den ersten "leichteren" Folterungen bleibt einem dann schon nur vom Lesen langsam die Luft weg:

»Daraufhin zerrte er mich vom Stuhl und legte mich buchlings auf den Boden. Ein anderer, der hereingerufen wurde, setzte sich mit seinem ganzen Gewicht auf meine gefesselte Arme. Dieser Schmerz war so unvorstellbar, daß alles Vorherige verblaßte. Ich bekam einen dreckigen, stinkenden Lappen in den Mund gesteckt, und dann prasselten Peitschenhiebe auf meine Beine nieder. Mein Körper bewegte sich bei jedem Schlag auf, und die Beine zuckten hoch. Aus meiner Kehle drangen die röchelnden Laute des gequälten, vom Lappen unterdrückten Schreies. Durch das gehetzte Atmen fiel der Stoffetzen aus dem Mund heraus, und meine Schreie

schrillten durch die Luft. Jemand warf mit einer Decke über den Kopf. Der Mann, der auf meinen gefesselten Armen saß, hielt mir Nase und Mund zu. Ich fühlte explosionsartiges Auseinanderbersten der Lungen und des Herzens und geriet in Panik. Mir war, als würde ich ersticken. Unkontrolliert, in Todesangst versuchte alles in mir, den Mund frei zu bekommen. Dann verlor ich das Bewusstsein.« (S. 31)

Nun kommt das Kapitel, das einen direkt in die Hölle eines Hieronymus Bosch führt. Diese Buchbesprechung kommt nicht umhin, lange Passagen aus der Dokumentation von Monireh Baradaran zu zitieren, da man mit wissenschaftlichen kurzen Worten gar nicht das Grauen, wozu das Kapital fähig ist, beschreiben kann:

»Es roch nach Desinfektionsmittel und Alkohol. Offensichtlich befanden wir uns auf der Krankenstation des Gefängnisses.

Wir standen einer unglaublichen Szene von Härte und Hilflosigkeit gegenüber: überall auf dem Boden, den Pritschen, Betten und Tragen, lagen schwer gefolterte Gefangene mit Augenbinden, ihre Beine und oft auch die Arme in blutdurchtränkten Bandagen, einige hielten Infusionsflaschen in der Hand.« (S. 34)

»Manchmal gab es zwischen zwei Schüssen eine Pause. Was das bedeutet, wußten wir genau: Die Gefangenen sollten bis zum letzten Atemzug gefoltert werden. Die Angeschossenen wurden in ihrem eigenen Blut liegen gelassen, damit sie langsam und qualvoll starben...« (S. 52)

»Sie humpelte. Man hatte sie ausgepeitscht und zeitweilig sogar an den Handgelenken aufgehängt.« (S. 55)

»Gegenüber den Verhörurmen waren mit Eisenstaben vergitterte Türen. Das waren die Eingangstüren zu den Zellen. Abends hingten sie Gefangene an den Türen auf.« (S. 166)

»Am zwölften Februar führte man uns in den Hof hinaus, Aus den Lautsprechern wurde verkündet: Bei Interesse können man Leichen im Hof besichtigen...

Als die Tawabs [umgedrehte Oppositionelle und Spione] die zerrissenen Körper ihrer einstigen Führer erblickten, schrien sie Parolen der Freude und des Triumphes.« (S. 68)

»Ich bin in ein Zimmer geführt wor-

den. Drinnen waren schon einige Frauen, die hingerichtet werden sollten. Die Tawab mit dem Namen Mahile schrieb unterdessen den Todeskandidatinnen ihre Namen und Nummern auf die Füßchen. "...« (S. 65)

Sie schrieben den noch Lebenden den Namen auf die Füße, weil man Tote über die richtige Schreibweise nicht mehr befragen kann.

Die Autorin zeigt auch auf, daß viel einschneidender als die körperliche Folter die alltägliche Entwürdigung und die Isolationshaft ist. Sie führt dazu, daß der Mensch seine Persönlichkeit verliert. Die schlimmste Art der Isolationshaft findet in einer kleinen Kiste statt. Zu der Isolation kommt noch die Enge hinzu. Manche Gefangene mußten dort neun Monate leben.

## 15 Tage in der Kiste

### Die "Bettenära"

»Die Seitenwände drückten und quetschten mich ein. Ich hatte das Gefühl, mein Körper würde den engen Käfig ganz ausfüllen. Es gab absolut keine Möglichkeit zur Bewegung. Muskeln und Knochen wurden nach kurzer Zeit taub, merklicherweise taten sie gleichzeitig hüllisch weh...

Die Tage und Nächte kamen und gingen. Die Starre, die Todesstille, die schmerzenden Muskeln und das Bewußtsein, wie ein tollwütiger Hund in einem Zwinger eingesperrt zu sein, bewirkten ein Abstumpfen und Absterben. Mit verbundenen Augen und offenen Ohren saß ich da, begierig auf Wörter und Geräusche lauschend, aber es war kein Laut zu vernehmen,...

Die Frauen, die am längsten in den Kästen eingepfercht waren, mieden andere Menschen. Sie wollten allein sein und fliehen vor den Menschen, mit denen sie nichts mehr anzufangen wußten. Tagein, tagaus saßen sie mit dem Gesicht zur Wand, den Rücken den anderen Frauen zugewandt, allein, in sich gekehrt, stumm. Das Gemeinschaftsleben im Gefängnis konnten sie nicht mehr ertragen. Sie lebten in und mit dem Leid weiter, menschenschau und bar jeden Vertrauens.« (S. 144)

»Nach zwei Monaten in der Kiste brachen der Widerstand und der Wille der Frauen nach und nach zusammen.

Im Zustand der völligen psychischen Erschöpfung gaben die ersten Frauen auf und erklärten sich bereit, gehorsame Gefangene zu werden... Unzählige Frauen und Männer ertrugen lange Verhöre und Folterungen, ohne das geringste zu verraten. In diesem Stadium aber, wenn ihr Wille zerbrochen und ihr Ich zerstört war, pumpt man aus ihnen heraus, was sie hartnäckig gehalten hatten. Nicht selten verrieten Gefangene dann die ihnen liebsten und wertvollsten Menschen oder legten die geheime Widerstandsorganisation im Gefängnis offen.« (S. 146f.)

Was bleibt, ist das Irresein der Gefangenen und die Hilflosigkeit des Lesers, im Moment, in Zeiten des Triumphes des Kapitals seine helfenden Hände zu reichen.

## Wahnsinn

»...Das hysterische Lachen hallte durch die Abteilung, brach kurz ab, um erneut loszubrechen. Es kam aus der Nebenzelle, von Farzaneh, die die Belastungen nicht verkraftete...

Außer dem herzzerreißenden Lachen war nichts zu hören. Auf einmal ertönte ein markerschütternder Schrei, der einfach nicht mehr verklungen wollte. Einige Frauen im Flur rannten los. Es war Maryam. Auch sie hatte unter einer schweren Neurose zu leiden. Die Vorgänge dieses Abends hatten bei Maryam etwas ausgelöst, was außerhalb ihrer Kontrolle lag. Einer Freundin hatte sie erzählt, daß jemand, der ihr fremd ist, in sie hineinschlüpft und sie von innen beknipft und zerreiht...

Farzaneh und Maryam wurden abgeholt, mit Medikamenten ruhiggestellt und wieder zurückerbracht.

Erst als die beiden weg waren, erinnerten wir uns an Roya, die gefürchtet war, weil sie ähnliche Probleme wie Maryam hatte. Wir befürchteten, daß sie bald losplatzen würde, sie verhielt sich aber ruhig... Sie setzte sich in eine Ecke, preßte die Zähne zusammen und ballte die Hände zu Fäusten. In ihren Bemühungen, die Nerven unter Kontrolle zu behalten, hatte sie das schwere dreistöckige Bett hochgehoben.« (S. 126f.)

Eine verlorene Generation - was bleibt, ist nur Wut und die Hoffnung auf die Zukunft mit einer klassenlosen Gesellschaft.

Nachdem ich das Buch über die Hölle, die

tagtäglich das Kapital tausendfach produziert, gelesen habe, kann ich überhaupt nicht mehr verstehen, auch emotional nicht, daß man die eventuellen einmaligen wenigen Toten einer Revolution beklagt.

Das Beeindruckendste aber ist die Feststellung, daß die Isolation und andere psychischen Folterungen viel stärker den Widerstandswillen brechen als die physische Folter.

## Isolationshaft in der BRD

So versteht man auch sehr gut, daß die Isolationshaft in der Bundesrepublik des "liberalen" Kapitals eine Folter ist, die die Gefangenen entpersönlicht. Natürlich ist sie nicht zu vergleichen mit der Isolation im Iran, wo noch die Enge hinzukommt, aber man sieht, daß sie allein schon den Gefangenen das Rückgrat brechen kann.

Amnesty International beschreibt die Isolationshaft der politischen Gefangenen in den "Toten Trakten", »in denen die Sinnesanreize stark reduziert waren. Zu den Kennzeichen dieser Trakte gehörten ständige Beleuchtung, fast völlige Stille, Zellen mit weiß gestrichenen Wänden, an die nichts gehängt werden durfte, weiß gestrichene Möbel und fast ständige Beobachtung«. Besuche werden nur selten erlaubt und das Essen dürfen nicht die anderen Gefangene bringen.

Folgende Befunde können nach der Europäischen Menschenrechtskommission »diagnostisch festgestellt werden: Chronische Apathie, Erschöpfung, emotionale Labilität, Konzentrations-schwierigkeiten und Störungen des vegetativen Nervensystems.«

Schon bei Langzeithäftlingen entsteht ein Syndrom, daß der Europarat wie folgt zusammenfaßt:

»...emotionale Störungen, Störungen im Auffassungs- und Denkvermögen, infantile regressive Veränderungen der Lebensweise sowie Schwierigkeiten, soziale Kontakte aufzunehmen.«

Die zahlreichen Befunde der Exgefangenen in Deutschland zeigen, daß die Isolationshaft den Menschen die Würde nimmt:

- » - schwere Konzentrationsstörungen
- Artikulationsschwierigkeiten
- in extremen Fällen Halluzinations-symptome
- Störungen im emotionalen Bereich, die im allgemeinen zu einer depressiven Reaktion mit letztlich Suizidneigung führen.«

(Alle Zitate aus: amnesty International: "Wer schweigt, wird mitschuldig" Ffm., 1981)

# Rosa Luxemburg und die Asien-Krise

★ NORBERT NELTE



Im Rahmen der Asienkrise findet die unterschiedliche Herangehensweise an die Frage der Agonie des Kapitalismus von Karl Marx und Rosa Luxemburg eine aktuelle Bedeutung in der Realität.

Beide gingen von dem von Marx entwickelten Wertgesetz aus, vertraten also nichts Gegensätzliches. Aber Marx hatte hauptsächlich auf den tendenziellen Fall der Profitrate hin seine Überlegungen gelenkt, während Luxemburg auf die Verengung der Märkte ihr Augenmerk richtete.

Alle Sozialisten von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin bis hin zu Trotzki haben leider den Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht und das baldige Ende des Kapitalismus prophezeit. Dennoch hatte die vorletzte Herrschaftsgesellschaft der Geschichte noch eine lange Prosperitätsphase durchlebt, nicht zuletzt in den 50er und 60er Jahre aufgrund der Rüstungsnachfrage durch den Korea- und den Vietnam-Krieg.

Seit 1975 aber sind die großen Aufschwungsphasen vorbei, der kapitalistische Dampfer dümpelt nur noch mit letzter Kraft dahin und produziert weltweit immer mehr Arbeitslose, Handelskriege und Hungerkatastrophen. Dieser große Abschwung wurde allenfalls unterbrochen durch kurze, schwache Erholungszeiten, die aber die Arbeitslosenzahlen nicht wesentlich abbauten.

1999, nach fast 25jähriger Krise, sind keine großen Aufschwünge in Sicht. Die Antworten in den USA, England oder Holland heißen nur Mc-Jobs, die an dem allge-

meinen Zustand nichts verändern, sondern das Dilemma langfristig nur vergrößern werden. Kaum ist ein kleiner "Aufschwung" von 1-2% Wirtschaftswachstum eingetreten, brauen sich dunkle Wolken zusammen: In Südostasien brechen die Märkte zusammen, die Währungen verlieren den halben Wert, große Arbeitslosenheere werden produziert, und ein halbes Jahr später trifft es Brasilien.

Angeichts dieser Vorfälle müssen wir uns fragen, ob der Kapitalismus sich wieder erholen wird oder dies das Einläuten des Todeskampfes des Kapitalismus bedeutet. Bei der Beantwortung dieser Frage kann die Beschäftigung mit Rosa Luxemburgs Theorie der Verengung der Märkte wertvolle Hinweise liefern.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht theoretisch mit dieser Materie beschäftigen, das haben wir in unserem Magazin 'linke opposition' N° 16 bereits geleistet; hier gilt es lediglich, eine allgemeinverständliche Polemik vorzulegen.

Zum Verständnis mit der Theorie von Luxemburg ist folgende Überlegung eine hilfreiche Voraussetzung: Das Kapital muß ständig expandieren, will es die Profitrate nicht ins Bodenlose abstürzen lassen.

Angenommen, wir haben einen Warenwert von 60 c (Maschinen, Anlagen, Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe) 40 v (Löhne) und 40 m (Mehrwert) errechnet sich eine Profitrate von  $\frac{m}{c+v} = \frac{40}{60+40} = 40\%$ .

Nun verdoppelt z.B: das nationale Kapital im Durchschnitt seine Produktivität (der Lohn und bei gleicher Ausbeutungsrate m/v auch der Mehrwert wird also von 40 auf 20 gesenkt) und erhöht sein Kapital von 60 auf 70. Dies würde einen Fall der Profitrate auf  $\frac{20}{70+20} = 22,22\%$  bedeuten.

Wollte das Kapital aber seine Profitrate auf 40% halten, müßte es bei einer Verdoppelung der Produktivität natürlich auch den Umsatz des Neuwertes verdoppeln und bei einer Erhöhung des Kapitals von 60 auf 70 auch den Neuwert um  $\frac{70}{60}$

= 116,7% erhöhen, alles zusammen also um 2 mal  $1,167 = 2,33$ .

Für einen 2,33 größeren Absatz benötigt der Kapitalismus ständig eine Ausweitung der Märkte. Nur so kann er sich regenerieren.

So weit stimmt auch die vor-Luxemburgsche Analyse des Marxismus überein. Schließlich begründet sich in dieser Logik die Imperialismustheorie des aggressiven Kapitalismus und damit einhergehend der im Imperialismus liegende Zwang zu Kriegen und Verelendung.

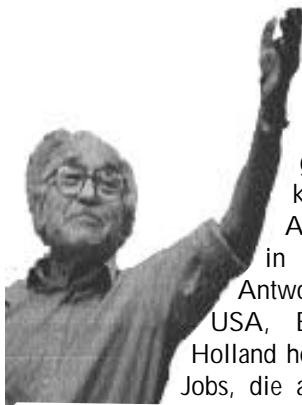
Rosa Luxemburg weist nur zusätzlich darauf hin, daß die Ausweitung der Märkte nur über nichtkapitalisierte Räume erfolgen kann und daß nach einer erfolgten Kapitalisierung der nichtkapitalisierten Gebiete der langsame Todeskampf des Kapitalismus beginnen muß.

Cliff weist im Gegensatz dazu darauf hin, daß die zusätzliche Möglichkeit sich ergibt, daß der Kapitalist des Konsumsektors (Abt. II) in den Produktionsmittelsektor wechseln kann. (Abt. I)

Zusätzlich weist er drauf hin, daß ein Überschuß sich nicht immer im Konsumsektor zeigen muß, wie Luxemburg analysiert, sondern auch im Produktionsmittelsektor. Er meint, daß »im reinen Kapitalismus Proportionalität zwischen beiden Abteilungen bestehen kann, solange die Akkumulation in beiden gleichmäßig und nicht unregelmäßig erfolgt.« (Tony Cliff: "Studie über Rosa Luxemburg", IS-Broschüre, S. 52 f.)

Wenn man aber bei allen Berechnungen von Marx, Luxemburg und Cliff die veränderte organische Zusammensetzung zwischen dem konstanten und dem variablen Kapital berücksichtigt - wie Cliff es selber fordert und in seiner Berechnung auch auf der Verbrauchsseite im Verhältnis von Produktionsmittelsektor und Konsumsektor einbaut, dann ergibt sich in fast allen Berechnungen ein Überschuß nur im Konsumsektor. Aber dies nur nebenbei.

Ob immer oder teilweise nur



Überschuß im Konsumsektor entsteht. Luxemburg meint nun, daß es dann nicht möglich sei, daß der unverkäuflichen Überschuß produzierende Kapitalist des Konsumsektors nicht in den Produktionsmittelsektors wechseln könne. Cliff weist dagegen zurecht darauf hin, daß dies schon möglich sei und gibt folgende Beispiele:

»Wenn ein Bauunternehmer Fabriken anstelle von Wohnungen baut, ist das übertragen von Kapital von Abteilung II auf Abteilung I; Elektrizität kann zur Beleuchtung von Wohnungen ebenso dienen wie zum Antrieb von Maschinen; Korn kann Menschen ernähren (Konsum), aber auch Schweine (produktiver Konsum), etc.« (Studie, S. 52)

Darüber hinaus tendiert durch den Kapitaltransfers zwischen den Sektoren die Profitrate in der gesamten Wirtschaft zum Ausgleich; d.h. sie nähert sich in allen Wirtschaftszweigen einander an.

Nun bestreitet Rosa Luxemburg gerade die Möglichkeit von einem Kapitaltransfer und hat damit sicherlich unrecht.

Aber es gibt über die Cliff'sche Argumentation hinaus ein zusätzliches Argument, die der Luxemburgschen These doch eine Kernbedeutung gibt.

Im Konsumsektor trifft das Kapital auf ständige Nachfrage. Unabhängig von der Wirtschaftslage muß der Arbeiter und seine Familien jeden Tag essen, wohnen, heizen. Er spart zuerst bei dem Auslandsurlaub, dann spart er weniger auf dem Sparkonto und geht dann erst an ~~weniger Konsum von inländischen~~ Waren.

Wenn jetzt noch eine massive Verengung der Märkte hinzukommt, wird die Profitrate noch abrupter fallen.

Der Kapitalist aber investiert nur nach seiner Erwartungshaltung an die Wirtschaftslage. Solange er glaubt, daß der Verkauf seiner Ware auf Grund der allgemeinen Lage zurückgeht oder stagniert, wird er seine Kapazitäten nicht erneuern bzw. erweitern. Dies ist letztlich ein Hindernis für den Kapitaltransfer.

Der Gedankengang von Cliff über die Möglichkeit des uneingeschränkten Kapitaltransfers vom Konsumsektor in den Produktionsmittelsektor funktioniert in einer Aufschwungsphase. In der Krise aber muß er völlig versagen.

In einer Krise greift daher besonders die Luxemburgsche These, daß dieser Kapitaltransfer nicht möglich ist und der Verkauf dann verstärkt davon abhängig ist, daß in nichtkapitalisierte Räume ausgewichen wird. Bei Ausfall dieser Märkte droht der Todeskampf des Kapitalismus zu beginnen.

Marx dagegen sah, wie bereits erwähnt, zwar dieses Problem als Ursache für den aggressiven Imperialismus, Elend und Kriege, aber nicht so sehr als Ursache für die Agonie des Imperialismus. Er analysiert den auswärtigen Handel als entgegengesetzte Ursache, stellte dann aber den Fall der Profitrate in den Mittelpunkt

»Damit beschleunigt er einerseits die Akkumulation, andererseits aber auch das Sinken des variablen Kapitals gegen das konstante und damit den Fall der Profitrate.« ("Kapital", III. Band)

Er sah auch hier kein rechnerisches Ende. Mag die Profitrate noch so sehr fallen, es gibt immer noch mindestens einen Arbeiter und damit ein positives m.

Bei dem Fall auf z.B. 0,01% wird das große Altkapital immer noch einen phänomenalen absoluten Profit aufweisen, der neue Kleinkapitalist aber beispielsweise mit einem Kapital von 100.000 Euro erwirtschaftet dabei nur 100 es im Jahr und wird sich daher auch zum Arbeitslosenheer dazugesellen.

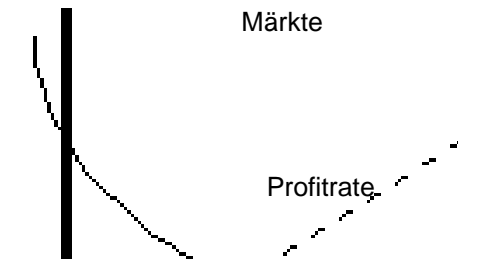
Das Kleinkapital zwingt durch seine Innovationen aber das alte Großkapital dazu, ebenfalls technische Entwicklungen durchzuführen. Wenn das Kleinkapital ausbleibt, bleiben auch die Entwicklungen aus und es »erlischt das belebende Feuer des Kapitals«.

Bei Marx geht dem Kapital also langsam die Puste aus, er sieht ein langsames "Erlöschen". Bei Luxemburg dagegen kann man durch einen Stau der Waren und eine plötzlich auftretende massive Arbeitslosigkeit einen panikartigen Zusammenbruch erwarten.

Die Wahrheit wird aber in der Mitte liegen. Mit einer im Verhältnis zur Produktivität und Kapitalerweiterung steigenden Ausweitung der Märkte könnte man die Profitrate stabil halten. Bei einer Verengung der Märkte ist das Kapital zu einer Preissenkung bis hin zu Dumpingpreisen gezwungen, um überhaupt noch auf dem fremden Markt bestehen zu können. Der Absatz wird dann nicht mehr auf den fremden Märkten abrupt auf Null fallen, sondern nur zum Teil zurückgehen.

Andererseits wird auf Grund des fallenden Preises die Profitrate fallen, aber auch nicht so stark, wenn der Außenmarkt ganz wegbrechen würde.

Also, die Verstopfung der Märkte kommt nicht abrupt oder der Fall der Profitrate geschieht



sondern der Exportrückgang geschieht sanfter und die Profitrate bleibt nicht immer gleich, sie fällt. Durch die Ausweitung des Marktes fällt sie erst



Nun müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Profitrate schon soweit gefallen ist, daß ein Neuanfang für Kleinkapitalisten kaum mehr möglich ist

Mitte vorigen Jahrhunderts lag die Profitrate noch bei ca. 50%, zur Jahrhundertwende um die 30% und zwischen den Weltkriegen bei 20%. Ab 1982 stieg sie in Deutschland durch die sozialfeindliche Politik der CDU durch die Erhöhung der Ausbeutungsrate von 5% auf jetzt 12%. In England hatte die Thatcher-Politik es sogar auf 18% gebracht. Eine Höhe, die das Kapital jubelnd mit der Rate vor dem Weltkrieg verglich. Auf alle Fälle zeigten sie damit, daß der Profit noch weiter gefallen sei.

Bei 5% ist es den Neukapitalisten schon kaum mehr möglich, im Kapitalroulette einzusteigen. Wenn jetzt noch eine massive Verengung der Märkte hinzukommt, wird die Profitrate noch abrupt fallen.

Durch die Globalisierung der Märkte reagieren diese auch immer schneller aufeinander. Kaum sind in Südostasien

die Volkswirtschaften kollabiert, mußte Boeing in den USA 50.000 Arbeiter entlassen.

Die gigantischen Kapitalströme, die bis vor kurzem nach Fernost flossen, finden dort inzwischen keine profitable Anlagemöglichkeiten mehr. In den heimischen Produktionsmittelsektor kann das Kapital nur solange ausweichen, solange Kapazitätserweiterungen erwartet werden. Andere Märkte wie Rußland und Brasilien brechen auch schon zusammen, und es bleiben immer weniger Möglichkeiten für die Expansion. Das westliche Kapital erzittert vor der Vorstellung, daß die chinesische Wirtschaft auch noch zusammenbrechen wird.

Nicht nur, daß der ostasiatische Markt zusammengebrochen ist; das Kapital hat dort auch seinen eigenen Konkurrenten aufgebaut und damit diesen Raum auch bereits kapitalisiert. Bei einer geringen Belegung wird also auch dort kaum mehr ein Markt vorhanden sein.

Die Vorgänge in den Tigerstaaten und deren Rückwirkungen auf die Metropole scheinen Rosa Luxemburg recht zu geben. Wir schrieben in der 'linken opposition':

»In den Metropolen wanderte das Kapital in den 80er Jahren ab, weil die Löhne in Südkorea billiger waren als in den Heimatländern. Anfang der 90er wanderte das Kapital aus Südkorea nach Malaysia ab, weil dort die Löhne billiger waren. 1997 wurden dort bereits die ersten Betriebe geschlossen und das Kapital suchte sich billigere Löhne in Vietnam. Auch wenn es sich dort noch mal trotz fehlender Infrastruktur etablieren sollte, wohin soll es dann noch abwandern? In die Weste Gobi oder in den Himalaya?«  
(lo N° 16, S 33)

Die Manager befürchten selber durch die Verengung große Probleme in der Zukunft. In den Tarifrunden weisen sie darauf hin: sie könnten trotz der guten Gewinnlage dennoch den Lohnforderungen nicht nachgeben, da in der Zukunft der Konkurrenzkampf noch härter sein wird. Durch diesen Konkurrenzkampf wird das Kapital hier zu verstärkten Rationalisierungen gezwungen. Der Anteil der Arbeit nimmt in den Metropolen immer mehr ab. Diese wiederum ist aber die Quelle des Mehrwerts.

Das Kapital hier kann sich also nur

noch mit Sonderprofiten über Produkte mit hohem technischem Standard oder brutalste Erhöhung der Ausbeutungsrate retten.

Mit der Globalisierung dreht sich das Fusionskarussell auch immer schneller. Mit den internationalen Fusionen sichert man sich erstens die Möglichkeit, den Absatzmarkt der Konzernschwester mit zu benutzen und zweitens können somit die stückfixen Kosten gesenkt werden.

Nur die größten Riesen werden überleben können. Beispielsweise schätzt die "Fachwelt"; nur 10 Autofirmen werden überleben. (Natürlich reden sie sich ein, daß es danach keine weitere Krise geben wird). Beispielsweise erwirtschaften die 4 größten internationalen Zusammenschlüsse bei den Fluggesellschaften 50% des gesamten Weltumsatzes, aber auch 75% der gesamten Gewinne. Die Profitrate dieser 4 Elefanten ist also drei mal so hoch wie die der restlichen Flugfirmen. Der VW-Chef Piech stellt z.B. fest, daß »in der nächsten Krise die Preise sinken werden.« Damit sinken auch die Profite. Jeder versucht, zu den Größten zu gehören, um vom Untergang auch als Letzter erfaßt zu werden.

Unter diesem weltweiten Konkurrenzkampf werden die Arbeiter in ihrer Existenz bedroht. Sie werden immer mehr in die Arbeitslosigkeit und ins Elend geschickt. Sie werden sich immer massiver wehren müssen. Daß sie das Kämpfen nicht verlernt haben, zeigen die südkoreanischen, aber auch die französischen und britischen Kollegen. Der Kampf der polnischen Kollegen 1981 hat 1989 zum Zusammenbruch des schwächsten kapitalistischen Systems geführt, des bürokratischen Staatskapitalismus.

Wir schrieben damals, daß dieser Zusammenbruch nur der Vorbote des Zusammenbruches des Privatkapitalismus sein wird und da zuerst des privatwirtschaftlich orientierten Staatskapitalismus oder "multinationalen Kapitalismus", wie Cliff ihn nennt.

Wir können heute nach den Vorgängen in Südostasien, den Rückwirkungen auf die Metropolen und der hektischen Fusionitis mit Fug und



Recht behaupten, daß der Zusammenbruch dort nur der Vorbote für den Zusammenbruch in den Zentren des Imperialismus markiert.

Der Todeskampf des Kapitalismus wurde in Moskau eingeläutet, gefolgt von den Todesglocken in Südostasien und jetzt Brasilien. Je mehr die Bosse hier in Euphorie machen, um so mehr nähern sie sich ihrem Untergang. Sie vertreiben mit ihrem Frohlocken nur die Angst vor ihrem eigenen Ende.

Die Arbeiter aber werden zu ihrem Selbstbewußtsein finden und sich nicht in den Untergang mitreißen lassen, das haben sie immer und immer wieder in der Geschichte bewiesen. Sie werden eine Welt bauen, die ohne Konkurrenz, Märkte und Profite auskommt. Sie produzieren weltweit einfach für ihre Bedürfnisse. Daher gehört ihnen die Zukunft; dem Kapital überlassen wir die Vergangenheit.

Bleibt nur die spannende Frage, ob endlich die fortgeschrittenen Arbeiter, die Arbeiter der Welt, die Arbeiter wie 1917 in Rußland die richtige Theorie entwickeln und die Arbeitermassen die Sackgasse der Reformisten überzeugend erläutern zu können. ★

**Internationale Sozialisten**



<http://www.netcologne.de/~nc>

-byrnefr/

e-mail:

[klassenkampf@netcologne.de](mailto:klassenkampf@netcologne.de)

# Arbeiterräte

## Geschichte, Entwicklung und Perspektiven

★ MARGIT BEHRENDIS

### Pariser Kommune

Im Kommunistischen Manifest von 1848 loben Marx und Engels den Kapitalismus dafür, daß er seinen Totengräber, die Arbeiterklasse entwickelt. Sie schrieben: »Ihr Untergang [der Kapitalisten] und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.« Wie dieser Sieg aussehen würde, lassen sie aber noch offen.

23 Jahre später, mit den Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 konnten sie aus eben diesen Erfahrungen Schlüsse ziehen, wie die Arbeiter in emanzipierten Kämpfen sich und ihren neuen Staat organisieren werden.

Die Pariser Kommune wurde zwar nicht von Arbeiterräten organisiert, aber wesentliche Punkte der demokratischen Selbstorganisation der Arbeiterklasse wurden bereits durchgeführt.

»Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadtrenten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse.« (Marx/Engels, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Ausgewählte Werke S. 278f, Bindlach, 1987)

Das stehende Heer wurde abgeschafft und stattdessen wurden die Arbeiter bewaffnet, Polizeiaufgaben wurden von abwählbaren und rechenschaftspflichtigen Arbeitern geleistet.

Weiterhin mußte, so Marx ... »der öffentliche Dienst für Arbeiterlöhne besorgt werden. ... Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgeschickt ... Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet ... Die richterlichen Beamten ... sollten ... fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.« (ebda)

Die Pariser Kommune war, wie gesagt, kein Arbeiterrat. Der Form nach war sie eine regional organisierte Demokratie, in der aber die Arbeiterklasse, die sich im emanzipierten Kampf befand, die Mehrheit

stellte.

Die wichtigste Erfahrung, die Marx aus den Ereignissen der Kommune ziehen konnte, war:

»... die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.« (ebda)

Der bürgerliche Staat mußte zerschlagen werden und die Arbeiterklasse mußte sich eine eigene Organisationsform und ein eigenes Machtzentrum schaffen. Ein solches Machtzentrum sollte später der Arbeiterrat werden.

### Räte in Rußland 1905

Im revolutionären Aufschwung von 1905 bildete sich im russischen Petrograd der erste Arbeiterrat, auf russisch Sowjet genannt. Der Arbeiterrat entwickelte sich aus Streikkomitees, welche die Notwendigkeit einer Vernetzung untereinander sahen. Er bestand aus Delegierten, aus den verschiedenen Betrieben, die zuerst keinen besonders revolutionären Anspruch hatten.

In den Massenstreiks war es wichtig, die Versorgung der Leute mit Lebensmitteln und Transport zu organisieren. Es wurden Brot- und Mietpreise kontrolliert, aber auch Demonstrationen organisiert.

Mit der zunehmenden Streikwelle entsandten immer mehr Betriebe Delegierte in den Petrograder Arbeiterrat. Und die Rätebewegung verbreitete sich auch innerhalb Russlands wie ein Lauffeuer. In wenigen Tagen gab es keine größere russische Stadt, ohne Arbeiterrat.

Arbeiter kamen mit Anträgen zum Arbeiterrat, beantragten finanzielle Zuschüsse, beantragten von einem bestimmten Streik ausgenommen zu werden und ähnliches. Eine zentrale Frage der Kämpfe bildete auch die Forderung nach dem Achtstundentag.

Es entstand eine Art Doppelherrschaft, bei der die Arbeiter immer stärker ihre Vertretung bei den Sowjets sahen und die zaristische Regierung immer stärker in den Hintergrund trat.

Trotzki berichtet, daß ein Brief vom Lande adressiert war an "die Arbeiterregierung, Petersburg."

### Die besondere Dynamik der kämpfenden Arbeiter

Jahrhundertlang war es den Zaren gelungen, die Russen gegeneinander auszuspielen und sie auf Minderheiten, wie Juden zu hetzen, um von seinen Fehlern abzulenken. Trotz des scheinbar tief im russischen Volk

liegenden Antisemitismus und zunehmender Hetze durch rechte Banden wie den Schwarzhundertschaften, wurde im November 1905 der erst 26jährige Trotzki - ein Jude -, wie auch 1917 wieder, zum Vorsitzenden des Petersburger Arbeiterrates gewählt. Ein wunderbarer Beweis für den Satz von Marx "Bewußtsein entsteht im Kampf".

### Niederschlagung

Die Arbeiter hatten sich mit den Räten ihre Organisationsform geschaffen, die schon durch ihre kleinsten Beschlüsse, die Macht der alten Herrschenden in Frage stellte und den Keim einer neuen Machtbasis darstellte. Sie mußten zerschlagen werden, denn durch ihre bloße Existenz stellten die Arbeiterräte das Machtmonopol des Staates in Frage und wurden so für den Zarismus zunehmend zu einer Bedrohung.

»Am Abend des 3. Dezember [1905] wurde der Petersburger Sowjet von Truppen umringt. Die Ein- und Ausgänge wurden abgesperrt.« Der Rat mußte sich der Übermacht beugen. »Von oben, wo das Exekutivkomitee tagte, schrie ich in den Saal ... : "Keinen Widerstand leisten, die Waffen dem Feinde nicht ausliefern." ... Und nun begannen die Arbeiter im Sitzungssaal, der von allen Seiten durch Abteilungen der Gardeinfanterie, Kavallerie und Artillerie umstellt war, ihre Waffen unbrauchbar zu machen. ... Im Klirren und Rasseln, im Knirschen des zerbrechenden Metalls hörte man das Zehneknirschen des Proletariats, das zum erstmalig restlos von dem Gefährte war, es sei eine andere, mächtigere und erbarungslosere Kraftanstrengung nötig, um den Feind niederzuwerfen und zu erdrücken.« (Trotzki: "Mein Leben", Frankfurt/M, 1990, S. 160)

Als die Zentren Petersburg und Moskau aufgelöst und niedergeschlagen waren, konnten die isolierten übrigen Räte in Rußland ebenfalls von Militärexpeditionen aufgelöst und ihre Delegierten verhaftet werden.

### Die Bolschewiki und die Arbeiterräte

Der Großteil der Bolschewiki erfaßte zuerst gar nicht die Bedeutung der Arbeiterräte, als Zentrum des zukünftigen Arbeiterstaates. Im Gegenteil, sie betrachteten die Räte sogar als Bedrohung.



Anfangs setzten die Bolschewiki ihnen sogar ein Ultimatum: entweder sie erkannten das Programm der bolschewistischen Partei an oder sie sollten sich auflösen. Die Räte lehnten diese Anmaßung natürlich ab.

In den Räten hatten zwar die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre noch die überragende Mehrheit gehabt, jedoch waren sie aus den emanzipierten und unabhängigen Kämpfen der Arbeiterbasis entstanden. Dementsprechend spiegelten sie auch das Bewußtsein der Basis wieder.

Erst gegen Ende der Rätebewegung wurden sich Lenin und Trotzki bewußt, daß sie mit den Räten das Machtinstrument der Arbeiterklasse erlebt hatten.

Lenin erkannte, daß die Arbeiterräte im Zentrum eines zukünftigen Arbeiterstaates stehen müssen.

»... mir scheint, da der Sowjet der Arbeiterdeputierten in politischer Hinsicht als Keimform einer provisorischen revolutionären Regierung betrachtet werden muß. Mir scheint, der Sowjet muß sich so bald wie möglich zur provisorischen Regierung ganz Rußlands ausrufen oder (was dasselbe ist, nur in anderer Form) eine provisorische revolutionäre Regierung bilden.« (W. I. Lenin: "Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten", Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S. 5)

Trotzki beschrieb ihre historische Rolle damals so:

»Der Rat organisierte die Arbeitermassen, leitete ihre politischen Streiks und Demonstrationen, bewaffnete die Arbeiter, schützte die Bevölkerung vor Pogromen. Aber das gleiche hatten schon vor ihm andere revolutionäre Organisationen getan, taten es zur selben Zeit mit ihm und setzten diese Tätigkeit auch nach seiner Auflösung (16.12.1905, d. Verf.) fort, nur mit dem Unterschied, daß diese Tätigkeit ihnen auch nicht annähernd jenen Einfluß verschaffte, den der Rat besaß. Das Geheimnis dieses Einflusses ist darin zu suchen, daß der Rat als naturgemäßes Organ des Proletariats in dem Moment seines unmittelbaren, durch den ganzen Gang der Ereignisse bedingten Kampfes um die Macht entstanden war. Wenn einerseits die Arbeiter selbst und andererseits die reaktionäre Presse den Rat die "proletarische Regierung" nannten, so entsprach dies der Tatsache, daß der Rat in Wirklichkeit eine proletarische

Regierung darstellte. Der Rat realisierte die Gewalt, soweit ihm durch die revolutionäre Macht der Arbeiter die Möglichkeit dazu gegeben wurde; er kämpfte unmittelbar um die Gewalt, soweit sie sich noch in den Händen der militärisch-polizeilichen Monarchie befand.« (Trotzki: "Die russische Revolution 1905", Berlin 1932, S. 191)

## Spontaneität der Arbeiter

Lenin war bis zu den Ereignissen von 1905 davon ausgegangen, daß die Perspektive des Sozialismus als etwas fremdes, von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß. Diese Ideen hatte er in seinem Buch "Was tun?" formuliert.

Durch die Massenstreiks und die Organisation durch die Räte 1905 erkannte er, daß die Arbeiter im Verlauf ihrer eigenen Kämpfe ihr objektives Interesse entdeckten, nämlich die Überwindung des kapitalistischen Konkurrenzsystems und im Verlauf ihrer Kämpfe dazu gezwungen sind, dieses System in Frage zu stellen.

Die Arbeiterräte hatten sich instinktiv und spontan aus Streikkomitees und bei Wahlen in den verschiedenen Betrieben gebildet.

Durch die Ereignisse von 1905 erkannte Lenin, daß

»Die Arbeiterklasse ... instinktiv und spontan sozialdemokratisch [ist]...« (W. I. Lenin: "Über die Reorganisation der Partei", Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S. 16) [Zur damaligen Zeit hieß sozialdemokratisch noch revolutionär-sozialistisch.]

## Arbeiterräte 1917

Wie schon 1905 entstehen auch im Revolutionsjahr 1917 im ganzen Land Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die anfangs noch von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären dominiert werden. Innerhalb von wenigen Tagen gab es keine größere russische Stadt ohne einen Sowjet. Bis zum 22. März nahmen 77 Arbeiterräte Kontakt zum Petersburger Sowjet auf.

Die Bolschewiki waren bis dahin nur eine kleine Minderheit in der Arbeiterbewegung (von den 40.000 Arbeitern des größten Petersburger Werkes, den Putilow-Werken, sind im Februar 1917 nur 170 Arbeiter Mitglied bei den Bolschewiki) und dementsprechend gering in den Räten repräsentiert. Von den 1.500 bis 1.600 Delegierten im Petrograder Sowjet sind nur etwa 40 Bolschewisten. Die bei weitem größte Fraktion ist die der Sozialrevolutionäre,

gefolgt von den Menschewiki.

Doch mit der zunehmenden Radikalität der Streiks und Kämpfe gewinnen die Bolschewiki durch ihre konsequente Politik und kluge Taktik einen immer größeren Anteil der Stimmen.

## Doppelherrschaft

Die Macht in Rußland war zunehmend auf zwei Machtzentren verteilt: das bürgerliche Parlament, die Duma und die Räte der Arbeiter. Die Führung der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki hatten auf diese Situation nur eine Antwort: Übergabe der Macht an das bürgerliche Parlament, die Duma. Doch die Duma vertrat nur das Erbe der alten Herrschaft, während der Arbeiterrat die Masse der Menschen hinter sich wissen konnte.

Lenin schrieb zu dieser Zeit:

»Diese Doppelherrschaft kommt zum Ausdruck in dem Bestehen zweier Regierungen: der eigentlichen, wirklichen Hauptregierung, der Regierung der Bourgeoisie, der "Provisorischen Regierung" Lwow und Co., die alle Machtorgane verfügt, und der zusätzlichen, "kontrollierenden" Nebenregierung in Gestalt des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die keine Organe der Staatsmacht verfügt, sich aber unmittelbar auf die anerkannt absolute Mehrheit des Volkes, auf die bewaffneten Arbeiter und Soldaten stützt.« (Lenin: "Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution", Werke, Bd. 24, S. 44)

Diese Doppelherrschaft spitze sich so weit zu, daß - als die Bolschewiki die Mehrheit in den Räten hatten - die Räte die Staatsmacht übernahmen. Es brauchte nur noch einen kleinen Hauch, um die bürgerliche Regierung hinwegzufegen.

## Räte in Deutschland und anderswo

Arbeiterräte bildeten sich im Verlauf der Geschichte fast überall dort, wo die Arbeiterklasse emanzipiert und unabhängig von ihren reformistischen Führern kämpfte. Sie waren kein Phänomen, das nur auf Rußland am Anfang diesen Jahrhunderts beschränkt blieb.

Richard Müller - von den revolutionären Obleuten der Novemberrevolution 1918 - schreibt, daß die Räte zwar als solche in Rußland 1905 geboren wurden, aber »eine Ausdrucksform des proletarischen Klassenkampfes [sind], der proletarischen Revolution, die sich im entscheidenden Stadium befindet.« sind.

(Richard Müller: "1918: Räte in Deutschland", Osnabrück, ohne Datum, S. 1)

Räte sind also nicht nur ein Mittel der russischen Arbeiter gewesen, sondern Ausdruck einer emanzipiert kämpfenden Arbeiterklasse. So gab es Arbeiterräte auch in Deutschland 1918, Ungarn 1919, Italien 1920, in Spanien 1936. Auch nach dem 2. Weltkrieg hat es Rätebewegungen gegeben: Ungarn 1956, Portugal 1974, Iran 1979.

Trotz des großen Erfahrungsschatzes der russischen Revolution hat die Linke die zentrale Bedeutung der Arbeiterräte zumeist nicht verstanden.

### Bordiga und die Linke

In den sogenannten Roten Jahren 1920 bis 1926 in Italien bildeten sich hauptsächlich in Turin Fabrikräte. Auch sie organisierten Demonstrationen, Streiks und andere Aktionen.

Als diese Fabrikräte von der Bourgeoisie angegriffen wurden, verweigerte Amadeo Bordiga, der damalige Vorsitzende der italienischen Kommunistischen Partei den Fabrikräten die Unterstützung, weil sie sich nicht bewaffneten und den Umsturz des kapitalistischen Systems organisierten. Er verweigerte ihnen die Unterstützung der KP, weil ihre Forderungen nicht revolutionär genug für ihn waren.

Diese sehr sektiererische und linksradikale Haltung gegenüber den Arbeitern hat sich bis heute in der kleinen bordigistischen Tradition aber auch bei manchen kleinen orthodox-trotzkistischen Gruppen wie den Spartakisten bis heute gehalten. Diese Gruppen haben die Dynamik des Klassenkampfes nicht verstanden und nicht verstanden, daß wir Revolutionäre und taktisch dazu verhalten müssen.

Die Dynamik der Arbeiterräte ist nicht, daß sie von Anfang an eine sozialistische

Perspektive suchen. Natürlich waren in den Fabrikräten Anfangs noch reformistische und zentristische Ideen vorherrschend. Aber die Arbeiterräte sind das Organ der Räte-demokratie, der Schauplatz, wo der Kampf um die Ideen der Arbeiter stattfindet. Die Arbeiterräte sind auch der Ort, an dem die Arbeiterklasse sich und ihren Kampf organisiert. Erst in diesem Kampf können die Arbeiter Erfahrungen verallgemeinern und Lehren für die Zukunft schließen.

Mit zunehmenden Kämpfen, werden die Delegierten oder ihre Basis auch zunehmend für eine revolutionäre Perspektive ansprechbar werden. Bis dahin können wir aber nicht im Abseits stehen und warten, bis die Arbeiter oder ihre Räte die richtigen Forderungen stellen.

### Die Shoras im Iran

Bei den Shoras im Iran machte die Linke einen ähnlichen Fehler.

Die Räte wurden von der stalinistischen Linken nicht begriffen als Zentrum der Bewegung und Keimzelle eines neuen Staates, sondern als ein Teil der Bewegung, gleichrangig mit der Frauenbewegung, den Studenten, den Intellektuellen und anderen.

Natürlich sind alle emanzipierten Bewegungen im Verlauf einer revolutionären Situation wichtig. Die Macht aber, die Welt wirklich aus den Angeln zu heben und zu verändern hat aber nur die organisierte und emanzipierte Arbeiterklasse. Aus diesem Grund hätte sich alles um die Räte herum kreisen und organisieren müssen.

### Räte und Demokratie

Abschließend noch kurz über die Räte im Vergleich zur parlamentarischen Demokratie.

Wir haben ja mit dem Versuch zum

Ausstieg aus dem Atomprogramm im Moment ein exzellentes Beispiel, um zum hundersten Male zu beweisen, daß Parlamente oder Wahlen nichts ändern können. (Siehe Artikel auf Seite 8)

Die herrschende Klasse hat so viele Schranken aufgebaut, die quasi als Sicherungen funktionieren, um zu verhindern, daß tatsächliche Veränderungen, wie der Atomausstieg, gemacht werden.

Umweltminister Trittin wollte ganz idealistisch den Willen seiner Wähler und der Bevölkerung durchsetzen und aus dem Atomprogramm aussteigen. Aber durch finanzielle Erpressung, Standorterpressung, Androhung von Klagen und vieles mehr, wird der Ausstieg auf den St. Nimmerleinstag verschoben. In Schweden wurde der Ausstieg aus dem Atomprogramm vor 20 Jahren beschlossen. Bis heute sind noch alle AKWs am Netz!

Sollten alle bürgerlichen Spitzfindigkeiten jedoch scheitern, hat die herrschende Klasse schließlich auch die Möglichkeit einen Putsch wie in Chile 1973 gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Allende zu organisieren. Dann stellt sich ihre Demokratie ganz offen dar, als das was sie ist: eine Diktatur der Bourgeoisie. Eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit der Leute.

Auf dem Papier sind alle - auch die Arbeiter an der Demokratie beteiligt. Tatsächlich aber verbringen wir höchstens 10 Minuten unseres Lebens in Wahlkabinen. Mehr zu entscheiden haben wir nicht. Abgeordnete sind nicht ihren Wählern verpflichtet, sondern ihrem Gewissen. Und das wendet sich mit regelmäßiger Gewissheit gegen den Willen der Wähler und der Basis.

Beim Nato-Doppelbeschuß über die Stationierung von Atomraketen in der BRD entschied sich die SPD-Basis gegen die

Soeben erschienen:

## *linke opposition* Nr. 17 Sonderausgabe zum Thema: Kunst und Sozialismus

Artikel:

Marxismus und Kunst / Die Kunst der Oktoberrevolution

DM 5,- / 2,5 e

lo 17 und weitere Broschüren zu bestellen bei:

**Norbert Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln**  
Bestellungen per email: [intersoz@netcologne.de](mailto:intersoz@netcologne.de)



# Veranstaltungen der IS

## KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr  
Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

3.3.1999 ★ Seminar: Marxismus oder Klassenkampf? ★ Referat und Diskussion

10.3.1999 ★ Trotzki: Ideen und Leben ★ Referat und Diskussion

17.3.1999 ★ Psychologie und Marxismus ★ Referat und Diskussion

24.3.1999 ★ Verbrechen der Wehrmacht ★ Referat und Diskussion

## Marxismustag im März Köln

Samstag, den 27.3.1999, 13.00 Uhr  
Alte Feuerwache, Melchiorstr.

Thema: Die Arbeiterklasse

- ★ Die Arbeiterklasse, das revolutionäre Subjekt
- ★ Die Arbeiterklasse im Wandel
- ★ Die zukünftige sozialistische Gesellschaft
- ★ Sowie weitere interessante Themen

31.3.1999 ★ George Orwell und sein 1984 ★ Referat und Diskussion

7.4.1999 ★ Rotes Gewerkschaftsbuch ★ Referat und Diskussion

14.4.1999 ★ Münchener Räterepublik 1918 ★ Referat und Diskussion

21.4.1999 ★ Befreiungskampf der Kurden ★ Referat und Diskussion

28.4.1999 ★ Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus ★ Referat und Diskussion

## UNI KÖLN

Diskussionen um aktuelle und theoretische Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Dienstag (im Semester) von 10.00 bis 11.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der Uni Köln

## BONN

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr  
Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, Bonn

4.3.1999 ★ Kritik des orthodoxen Trotzkismus ★ Referat und Diskussion

18.3.1999 ★ Walser, Rabehl, Mahler etc.: Die Linke auf dem Weg nach Rechts ★ Referat und Diskussion

1.4.1999 ★ Der Befreiungskampf der Kurden ★ Referat und Diskussion

15.4.1999 ★ Wie ist das Verhältnis von Partei und Klasse? ★ Referat und Diskussion

30.4.1999 ★ Die Arbeiterinternationalen in der Geschichte ★ Referat und Diskussion

## WUPPERTAL

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr  
Die Borse, Wolkenburg 100

4.3.1999 ★ Der kurdische Befreiungskampf ★ Referat und Diskussion

18.3.1999 ★ Die Frankfurter Schule ★ Referat und Diskussion

1.4.1999 ★ Die Bolschewiki ★ Referat und Diskussion

15.4.1999 ★ Armut in Deutschland ★ Referat und Diskussion

## Marxismustag im April Wuppertal

Samstag, den 24.4.1999, 13.00 Uhr  
Die Börse, Wolkenburg 100

Thema: Rechtsruck in Deutschland

- ★ Der Niedergang der Linken
- ★ Was bringt Rot-Grün
- ★ Die Bolschewiki in der Diaspora
- ★ Sowie weitere interessante Themen

29.4.1999 ★ Sozialisten und Krieg ★ Referat und Diskussion

## MÜNSTER

Donnerstags, 20.00 Uhr  
Baracke, Schamhorststr. 100

11.3.1999 ★ Marxistische Wirtschaftstheorie für Einsteiger ★ Referat und Diskussion

8.4.1999 ★ Marxistische revolutionäre Ideen ★ Referat und Diskussion

13.5.1999 ★ 1979 - Die Revolution im Iran ★ Referat und Diskussion

## BOCHUM

Donnerstags, 20.00 Uhr  
Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108

25.3.1999 ★ Marxistische Philosophie ★ Referat und Diskussion

22.4.1999 ★ Entstehung der Klassengesellschaften ★ Referat und Diskussion



Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der 'Klassenkampf' und die 'Linke Opposition' setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken. Wir fordern alle diejenigen auf, sich den 'Internationalen Sozialisten' anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen übereinstimmen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Besucher auf allen Veranstaltungen willkommen!



Kostenlose  
Klassenkampf  
Leseprobe  
unter

0221 - 510 17 96

# PKK am Ende?

★ Ruth Krüger

Nairobi, Kenia, 16. Februar 1999. Der türkische Geheimdienst bringt in einer Entführungsaktion, an der scheinbar sogar die CIA beteiligt ist, den Führer der kurdischen Befreiungspartei PKK, Abdullah Öcalan, in seine Gewalt und verschleppt ihn mit dem Flugzeug in die Türkei. Dort gilt er als Staatsfeind Nr.1, weil er es seit August 1984 nicht mehr unwidersprochen in Kauf nimmt, daß die türkische Armee in Kurdistan wie in einer Kolonie wütet und die Bevölkerung massakriert; zu diesem Zeitpunkt beschließt die PKK, sich zu wehren und eröffnet den Guerillakampf gegen den türkischen Staat.

Weil Öcalan (mit dem Spitznamen "Apo", Onkel) auch 1978 der Gründer der Partia Karkeren Kurdistan und seither der Generalvorsitzende war, ist er für die PKK-Mitglieder das Symbol schlechthin für den kurdischen Freiheitskampf geworden. Nach seiner Verhaftung steht die Partei nun nahezu kopflos da.

Die Verzweiflung bahnt sich ihren Weg in einer europaweiten Protestwelle der Kurden, die alle Staaten und deren Einrichtungen trifft, die gemeinsame Sache mit der türkischen Regierung bei der Unterdrückung des kurdischen Volkes gemacht haben - mit dabei die USA, denen ein Kurdistan unter türkischer Herrschaft für den Nahen Osten von hoher militär-strategischer Bedeutung ist, Israel, das dem türkischen Staat immer gern behilflich war bei der Modernisierung seines Waffenarsenals usw.

Unsere Medien berichten über diese Protestwelle, dichtet sie aber in ihrer üblich rassistischen Manier zum "Kurdenterror" und zum "Kurdenkrieg" um.

Aber unsere Medien berichten nicht darüber, daß es Kurden in der Türkei verboten ist, Autonomie zu fordern oder sogar in ihrer Sprache zu sprechen. Sie



verlieren kein Wort darüber, daß es schon illegal ist, daß Wort "Kurde" überhaupt in den Mund zu nehmen - so wurde vor kurzem ein Sänger verhaftet, nur weil er angekündigt hatte, er werde jetzt ein paar kurdische Lieder singen. Sie berichten nicht darüber, daß die türkische Armee auf kurdischem Gebiet bereits über 30.000 Tote hinterlassen hat. Und sie verschweigt, daß es westeuropäische Staaten sind, allen voran die BRD, die der türkischen Regierung Waffen verkaufen und sogar schenken, mit denen sie ihren blutigen und ungleichen Krieg gegen die Kurden führt.

Stattdessen berichteten die Nachrichtensendungen vom 17. Februar vom »Krieg der Kurden«, der am ersten Tag in Deutschland bereits »drei Menschenleben« gefordert hat. Allerdings haben aufgebrauchte Kurden nicht Passanten getötet, wie man angesichts der Meldung hätte vermuten können. Die »drei Menschenleben« waren nämlich drei Kurdenleben, die das Sicherheitspersonal des israelischen

Generalkonsulats in Berlin auf dem Gewissen hat. Das hatte einfach in die Menge geschossen, als kurdische Demonstranten Anstalten machten, das Konsulat zu besetzen.

Und nun wird lautstark gefordert, die kurdischen "Randallierer" einfach abzuschieben. Daß das für sie Folter und Mord bedeutet, ist den Herrschenden in der BRD scheinbar völlig egal.

Wie sollte es auch anders sein? Schließlich unterstützen sie die türkische Regierung ohnehin schon bei ihrem Vernichtungsfeldzug. Nach der Wende hatten sie die Waffenbestände der nationalen Volksarmee (der DDR-Streitkräfte) an Ankara verkauft. Formal sicherte die Bundesregierung sich natürlich ab und verlangte, daß sie nicht in Kurdistan eingesetzt werden dürfen. Aber es dauerte nicht lange, bis man im Fernsehen sehen

konnte, wie DDR-Panzer kurdische Dörfer in Schutt und Asche legten. Aber die deutschen Strategen, die ihre Hände ja in Unschuld waschen konnten, beteiligten sich noch intensiver am Krieg gegen die Kurden, als ob es ihr Krieg sei. Schließlich ist die Türkei eines der wichtigsten Abnehmerländer für deutsche Waren. 1996 überstieg der Export dort hin die 10-Milliarden-DM-Marke.

Und selbst nachdem die PKK einen einseitigen Waffenstillstand verkündet hatte, versicherte Kanzler Kohl auf seiner Türkei-Reise 1993 der türkischen Regierung nochmals seine volle Unterstützung im Kampf gegen den »separatistischen Terrorismus« der PKK.

Ein Abgeordneter der Grünen meinte angesichts der jetzigen Kurdenproteste, nicht die deutsche Innenpolitik sei gescheitert, sondern die europäische Außenpolitik. Das ist natürlich blanker Hohn. Selbstverständlich ist die

Fortsetzung auf Seite 7